

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: Prämienanwärter: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen über deren Raum 10 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Boten über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Kredaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 29. Dezember 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die „bescheidene“ Militärvorlage.

Aus der Rede zum Etat, die der Abg. Baffermann am 10. Dezember d. J. im Reichstag hielt, klang die Beforgnis heraus, daß sich die Heeresverwaltung mit ihrer neuen Militärvorlage vielleicht zu große Reserven aufzulegen habe. Was der nationalliberale Redner da sagte, das war nur der Niederschlag der Meinungen, die militärfromme Kreise seit Monaten verbreitet haben. Wurde doch sogar verlangt, daß der Reichstag aus sich selbst heraus die Forderung des Kriegsministers erhöhen müsse! Das wird nun freilich nicht eintreten, denn dazu sind die Wahlen zu sehr in bedrohliche Nähe gerückt. Aber dem Kriegsminister wird damit das weiteste Entgegenkommen in Aussicht gestellt für den Fall, daß ihm eine weitere Heeresvermehrung angebracht erscheint. Allgemein aber haben die bürgerlichen Parteien sich bestrebt, den Eindruck zu erwecken, als ob die gegenwärtige Militärvorlage wirklich als ein Muster von Bescheidenheit angesprochen werden müsse. Daß man dabei bewußt auf eine Irreführung der Massen spekuliert und noch spekuliert, ist ohne weiteres klar. Denn daß diese neuen Forderungen der Heeresverwaltung ganz erheblich sind, das ergibt sich schon aus den Gesamtkosten, die nicht weniger als 104 000 000 Mark betragen. Diese enorme Summe auch nur mit einem Wort zu erwähnen, haben die bürgerlichen Redner geflissentlich vermieden. Mit gutem Grund! Denn aus dieser enormen Summe ergibt sich, daß die gegenwärtige Militärvorlage die drittgrößte ist, die wir seit 1880 gehabt haben. Es haben nämlich gefolgt die Militärvorlagen von:

1880	48 800 000 Mk.
1887	47 200 000
1890	58 000 000
1893	131 400 000
1899	160 070 000
1905	78 800 000
1911	104 200 000

So also sieht diese „bescheidene“ Militärvorlage aus, die in Wirklichkeit nur einen Notbehelf darstellt. Denn bei einem Bezirkskommando ein Schreiber mehr gebraucht wird, dann wird dieser Mann beim Reichstag angefordert, weil angeblich die Mannschafstärke der einzelnen Kompagnien bereits auf das äußerste bemessen ist. Ganz urplötzlich sind nun die einzelnen Kompagnien so stark, daß sie Mannschaften zur Bildung der Maschinengewehrkompanien abgeben können! Damit schafft man wieder Lücken, deren Ausfüllung in absehbarer Zeit als „unumgänglich notwendig“ bezeichnet werden wird. Das geht übrigens schon aus der Begründung der Vorlage hervor, in welcher die Sätze vorkommen:

„Zwar ist der Rahmen des Heeres, wie er durch das Gesetz vom 25. März 1899, betreffend Veränderung des Reichsmilitärgesetzes, festgelegt wurde, auch heute noch als ausreichend anzusehen; es bedarf zurzeit keiner Erleichterung neuer, größerer Verbände. Innerhalb dieses Rahmens aber bleibt noch viel zu besorgen, wenn alle Waffen in genügender Stärke vertreten und zugleich diejenigen besonderen, vorzugsweise technischen Truppengattungen vorhanden sein sollen, ohne die ein zeitgemäßes Heer nicht mehr denkbar ist.“

Dieser famose Rahmen gleicht dem Faß der Danaiden, er wird niemals voll! An solchen Lücken bestehen jetzt: Regimente zu zwei Bataillonen, Reiterregimente zu vier Eskadrons, verminderte Mannschafstärke der Infanteriekompagnien und endlich eine „klassende Lücke“ insofern, als bloß die Hälfte der Infanterieregimenten je eine Maschinengewehrkompanie bekommen. Natürlich ist damit die Zahl der vorhandenen „Lücken“ noch lange nicht erschöpft, und die Heeresverwaltung ist unablässig bestrebt, stets neue „Lücken“ zu schaffen!

Die militärfromme Presse hebt stets hervor, daß es eigentlich nur der Bescheidenheit der Heeresverwaltung zu danken sei, wenn sie nicht darauf bestiehe, daß die Friedenspräsenz der Armee auf die verfassungsmäßige Höhe von eins vom Hundert der Bevölkerung gebracht werde. Auch hier haben wir es mit einer bewußten Irreführung des Volkes zu tun. Der Artikel 60 der Verfassung bestimmt lediglich:

„Die Friedenspräsenz des deutschen Heeres wird bis zum 31. Dezember 1871 auf 1 Prozent der Bevölkerung von 1867 normiert und wird pro rata derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt. Für die spätere Zeit wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres im Wege der Reichsgesetzgebung festgelegt.“

Wie aus diesem klaren Wortlaut der Verfassung hervorgeht, ist die vielfach aufgestellte Behauptung, daß die Friedenspräsenz verfassungsmäßig eins vom Hundert der Bevölkerung betragen müsse, direkt unahr. Diese Bestimmung ist nur ein Provisorium gewesen, das auch nur auf die Zeit bis zum 31. Dezember 1871 begrenzt war. Seither ist die Friedenspräsenz stets durch Reichsgesetz neu festgelegt worden.

Uebrigens sind wir von dem einen Prozent tatsächlich gar nicht weit entfernt. Die Armee zählt nach dem jetzigen Bestand 622 373 Köpfe, ohne die rund 15 000 Einjährig-Freiwilligen und ohne das Heer von Militärbeamten.

Schließlich darf man aber doch auch die 60 000 Köpfe zählende Marine nicht außer Betracht lassen, für die in

der Verfassung eine bestimmte Norm niemals vorgesehen war. Streng genommen muß die Kopfzahl der Marinetruppen dem Reichsheer zugezählt werden, wenn man unter Reichsheer gemeinhin die zur Verteidigung des Reiches bestehenden Einrichtungen versteht. Damit kämen wir auf eine Kopfstärke von rund 700 000, das würde einer Bevölkerung von 70 Millionen entsprechen. Die Ergebnisse der letzten Volkszählung liegen noch nicht vor. Nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1910“ wurde Mitte dieses Jahres die Bevölkerung Deutschlands auf nur 64 775 000 Einwohner berechnet.

Eins vom Hundert wäre also 647 750, die angeblich verfassungsmäßige Norm wäre also, die Marine eingerechnet, bereits erheblich überschritten. Die Marine außer Anschlag gelassen, ist sie aber ziemlich erreicht, namentlich dann, wenn man die Einjährig-Freiwilligen der Friedenspräsenz hinzurechnet.

Nun mag also die Dinge betrachten, von welcher Seite man will, mit der vielgerühmten Bescheidenheit der Heeresverwaltung ist es nichts, und um so verurteilenswerter und gemeingefährlicher ist der Versuch, die Militärverwaltung zu einer Erhöhung ihrer Forderungen zu treiben!

Neue Hilfsaktion für die Schnapsjunker!

Der Bundesrat hat sich abermals der großen Not erbarmt, in die besonders die ostelbischen, einem hohen Adel gehörenden Brennereien durch unseren Schnapsbojott geraten sind. Vor einigen Monaten hatte er das Kontingent erniedrigt, um die Liebesgabe von 20 R. pro Hektoliter wasserfreien Spiritus für die Schnapsbrenner zu reiten. Jetzt sieht er sich bereit zu einer neuen Hilfsaktion zu gehen — offenbar, weil der Schnapsbojott nicht nur nicht nachgelassen hat, sondern noch stärker geworden ist. Und dadurch wuchs und wächst für die Brenner die Gefahr, daß sie in ihrem eigenen Schnaps — erkaufen. Behoriam den Wünschen der von den Großbrennereien geschaffenen und in deren Interesse stehenden Spirituszentrale hat jetzt der Bundesrat eine neue Verfügung erlassen, durch die die Zuckelstut eingedämmt werden soll, damit nicht die Heberproduktion den Preis und dadurch den Gewinn der Schnapsjunker herunterbrückt.

Es ist selbstverständlich, daß der Bundesrat dabei zunächst die Großbrennereien, vornehmlich die ostelbischen-junkerlichen, so lange und so weit wie möglich zu schützen bemüht ist und den Hauptschaden den in bürgerlichen Händen befindlichen Hefebrennereien aufzulegt, die ohnehin schon als Stiefkinder des Liebesgabengeldes behandelt werden. Freilich sind die Hefebrennereien in der angenehmen Lage, die ihnen aufgebürdete neue Last wieder auf ein verehrtes Publikum abzuwälzen, indem sie den Preis für die Hefe erhöhen — durch das Hefesyndikat, das sie sich kaufen, können sie ja die Vädermeister beliebig schröpfen. Daß das schließlich im leichteren Gewicht des Gebäds von den Volksmassen bezahlt werden muß, ist nun einmal der Lauf dieser schönen Welt.

Vorläufig haben aber die Hefebrennereien den schwereren Rucksack aufgebürdet bekommen. Es ist ihnen ohnehin bisher nur gestattet, den kleineren Teil, nämlich 35 Proz. des Durchschnittsbrandes als Trinkspiritus zu verwerten, die übrigen 65 Proz. müssen sie denaturieren oder, wie es jetzt im Amtsbuch heißt: vergällen, das heißt als Brennspiritus und für technische Zwecke verlaufen. Da aber der vergällte Spiritus nur Absatz finden kann, wenn sein Preis sehr niedrig gehalten ist — sonst verdrängt er die Konkurrenz des Petroleum nicht — und außerdem keine Liebesgabe an ihm leben bleibt, so ist die Produktion von Brennspiritus ein keineswegs gutes Geschäft. Je mehr also eine Brennerei vergällten Spiritus produzieren muß, um so weniger wirt sie ab.

Der Bundesrat hat nun verfügt, daß die Hefebrennereien von jetzt ab nicht mehr 35 Prozent Trinkspiritus und 65 Prozent vergällten Spiritus produzieren dürfen, sondern nur noch 30 Prozent Trink- und 70 Prozent vergällten Spiritus. Dadurch wird ihr Profit sehr geschmälert, zumal den Richt-Hefebrennereien gerade das umgekehrte Profitverhältnis gelehrt ist. Woher brauchten diese nun 30 Prozent ihrer Produktion zu vergällen, es blieb ihnen demnach der größere Teil, nämlich 70 Prozent für Trinkzwecke.

Von nun ab dürfen sie aber nur noch 60 Prozent ihrer Produktion für Trinkzwecke in Verkehr setzen und 40 Prozent müssen sie vergällen. Damit verlieren sie einen Teil des Gewinnes, den sie aus dem zu höherem Preise verwertbaren Trinkbrandwein ziehen. Scheinbar ist der Verlust der Ostelbier sogar größer als der der Hefebrennereien, aber selbstverständlich nur scheinbar, denn daß der Bundesrat sich gegen die gottgewollte Unabhängigkeit der Junker auflehnt, wird niemand glauben. In Wirklichkeit machen also die Ostelbier auch hier wieder das bessere Geschäft. Für die Hefebrennereien wird zwar der Denaturierungszwang von 65 auf 70 Proz. erhöht, also nur um 5 Proz., aber bei den übrigen Brennereien von 30 auf 40, also um 10 Proz. Und trotz dieser 10 Proz. bleiben ihnen noch drei Fünftel ihrer Produktion, die sie als Schnaps verwerten können, und den Hefebrennereien bleiben nur noch drei Zehntel! Doch über dieses zweierlei Maß mögen sich die Hefefabrikanten mit den Schnapsjunkern rufen. Das arbeitende Volk interessiert dabei nur, daß der Bundesrat sich fortgesetzt eifrig bemüht, den Schnapsbrennern zu Hilfe zu kommen, und zweitens, daß unser Schnapsbojott immer mehr Erfolg hat. Und das soll und muß der gesamten Arbeiterschaft ein Ansporn sein, ihn immer schärfer durchzuführen, bis die Schnapsjunker

gar keinen Trinkspiritus mehr los werden, sondern alles vergällen und dann verzweifelt ausrufen müssen: „Die ganze Welt ist mir vergällt!“

Ein schmerzlicher Verlust.

Am Mittwoch hat die Staatsanwaltschaft in der Verhandlung des Roabitier Prozesses einen Zeugen verloren. Die lange Dauer dieses Prozesses hat neben ihren unangenehmen Seiten wenigstens eine gute Folge: Zweifelhaftige Zeugen können noch vor Schluß der Beweisaufnahme unter die Lupe genommen und ihre Aussagen können noch während der Verhandlungen auf ihren wahren Wert zurückgeführt werden. Die Bekundungen des Polizeizeugen Marunde, der in der Sitzung vom 14. Dezember den Angeklagten Pilz in schwer belastete, haben wir schon damals als sehr sonderbar bezeichnen müssen. Es war tatsächlich, wie ein vernünftiger Mensch und ruhiger Bürger wie der Gastwirt Pilz, sich zu solchen Unbesonnenheiten gegen einen widfremden Menschen hätte fortreiben lassen können, wie er es nach der Schilderung Marundes getan haben sollte. Denn das geringste Maß von Ueberlegung hätte Pilz ja sagen müssen, daß der Fremde gerade den Wirt mit Leichtigkeit feststellen lassen könne. Das Interesse des Wirts hätte gefordert, wenn die von Marunde behaupteten strafbaren Handlungen in seinem Lokal vorgekommen wären, seine Teilnahme daran oder seine passive Unterstützung der Mißhandelnden vor dem fremden Gast nach Möglichkeit zu vertuschen. Denn er mußte doch gewärtigen, daß der mit den Arbeitswilligen sympathisierende Gast, zumal wenn er ihn noch obendrein durch Weichimpfungen reizte, den Vorfall der Polizei anzeigen und die Verteilung des Wirts dabei nicht vergessen werde. Das unglaublich Törichte der Handlung, deren Marunde den Angeklagten Pilz bezichtigte, machte seine Aussage verächtlich. Aber positive Beweise für die Unrichtigkeit ließen sich im Moment nicht erbringen und wenn gleich darauf das Urteil über Pilz gefällt worden wäre, es würde ihm höchst wahrscheinlich das Zeugnis des Staatsanwalter Marunde, gegen dessen Glaubwürdigkeit nichts Greifbares ins Feld geführt werden konnte, als stark erschwerender Umstand angedreht worden sein.

Aber zum Glück für den Angeklagten Pilz dauert der Prozeß noch und so war die Möglichkeit, am Mittwoch die totale Unglaubwürdigkeit des Zeugen Marunde schlüssig zu erweisen. Die Aussagen von mehr als einem Duzend Zeugen zeigten den Mann als einen Unglücklichen, der offenbar nicht voll verantwortlich zu machen ist für die phantastischen Ausschneidereien und Lügen, mit denen er beständig um sich wirft. Zudem stellte sich heraus, daß zu der Zeit, in die Marunde seine Erlebnisse in der Pilzischen Wirtschaft verlegt, das Lokal längst polizeilich geschlossen war. Resigniert mußte Herr Steinbrecht diesen Zeugen fahren lassen. Die Staatsanwaltschaft hat einen schmerzlichen Verlust zu buchen.

Allerdings haben zu Anfang der Sitzung zwei Schuppleute den Angeklagten Pilz in anderer Hinsicht belastet — indes sind ihre sehr bestimmten Aussagen mit den Bekundungen einer ganzen Reihe von Entlastungszeugen durchaus nicht zu vereinbaren. Jedenfalls ist die Möglichkeit, daß den Beamten ein Irrtum, eine Personenvertauschung passierte, nicht ausgeschlossen.

Ein an sich belangloser Nebenumstand bei der Aussage eines dieser Schuppleute ist charakteristisch für die Auffassung, die den Beamten durch den Dienst für Kupfer u. Co. allmählich über ihre Stellung zu der Kohlenfirma eingeflüßelt wurde. Ganz unwillkürlich erzählte der Junge Lehmann die Vorgänge in derselben Weise, wie sie ein Angestellter, ein Kaufherr von Kupfer u. Co., hätte erzählen müssen. Ein Unergebener hätte glauben können, die Aufgabe der Schuppleute sei gewesen, Kohlen zu fahren und abzuliefern! Und viel anders ist es ja auch wohl nicht mehr gewesen!

Wenig Glück hat die Staatsanwaltschaft mit ihren Verurteilungen, die Angaben der Verteidigungszeugen durch Fiktion der beschuldigten Beamten zu entkräften. In dieser Sitzung sollte die Aussage des kgl. Försters a. D. Trebor erschüttert werden, der in der Sitzung vom 14. Dezember detaillierte Angaben über die unmensliche Mißhandlung eines vereinzelt jungen Mannes in der Dredowstraße gemacht hatte. Die Ladung des Polizeileutnants Schirmer und des Wachtmeisters Turan hat diesem Zeugnis nichts von seiner Festigkeit rauben können. Und wenn der Beschlagene je einmal einen Stein in der Hand gehabt hat und ihn fallen ließ, als er zuerst attackiert wurde, wird dadurch die Tat der vier Schuppleute gerechtfertigt, die auf den an der Hauswand Hingesunkenen in unmenslicher Weise einschlugen? Und wird dadurch der Leutnant gereinigt, der nach dem Mann schlug, ohne daß er wußte, ob der Betreffende etwas verbrochen hatte? Sicherlich nicht! Aber Herr Leutnant Schirmer steht ja auf dem Standpunkt, daß alles, was ihm bei der Säuberung einer Straße unter die Klinge kommt, verprügelt werden muß, ganz einerlei, ob der Betreffende Widerstand leistet oder nicht. Dieser Standpunkt des Herrn Leutnants erklärt dieses — die Verteidigung wird ihm sehr dankbar sein für die Offenheit, mit der er diese Anschauung, die er und sicherlich viele seiner Kollegen in Roabit bestätigt, vor Gericht entwirrt hat. Sie sagt mehr, als einige Duzend Zeugenaussagen über Polizeiaussetzungen.

Zur Eingemeindungsfrage Treptows.

Augenblicklich sind wieder Bestrebungen im Gange, welche darauf hinauslaufen, Treptow nach Berlin einzugemeinden. Auch Nixdorf bemüht sich in der gleichen Richtung und hat dabei insofern bessere Chancen als Berlin, als bei einer Eingemeindung nach Nixdorf die Steuerkraft Treptows dem Kreis Teltow, vor allem

aber der Provinz Brandenburg erhalten bleibt. Die einflussreichen Kräfte in der Provinzialverwaltung, mit dem Präsidenten des Herrenhauses v. Montaufler an der Spitze, werden natürlich alles tun, um die Angelegenheit in ihrem Sinne einer Lösung entgegenzuführen, obwohl Berlin in Treptow die großen Parkanlagen angelegt hat und unterhält und auch sonst den größten Teil des Grundbesitzes sein eigen nennt. Treptow gilt als einer der schönsten Vororte, seine idyllische Lage an der Obersee würde aber längst verschwinden sein, wenn der Grund und Boden sich in Privathänden befände. Statt der schönen Parkanlagen würden längs Nietzlasernen und Fabrikschornsteine zum Himmelragen.

Diese Parkanlagen sind daher für Treptow und seine mehr denn 20 000 Bewohner von ganz unschätzbarem Wert. Durch die Millionen, welche Berlin dafür aufgewendet hat, hat der Ort erst seinen schönen idyllischen Charakter erhalten. Wie angesehen dieser Ort ist, das „Berl. Tageblatt“ in seiner Nr. 658 schreiben kann: „dass Berlin aus eigener Initiative nichts zur Hebung des Orts getan habe“, ist ganz unverständlich. Wenn ferner in demselben Artikel behauptet wird, daß in der Verkehrsfrage von Berlin keine Anstalten getroffen würden, um für Treptow ausreichende Verkehrswege zu schaffen, so ist das nichts anderes als böswillige Stimmungsmache.

Wie liegen die Dinge? Kürzlich hat Treptow an Berlin das Ersuchen gerichtet: den im Wettbewerb Groß-Berlin zu Tage getretenen Gedanken, den Gültiger Bahnhof mit dem Lehrter Bahnhof zu verbinden, nach Möglichkeit zu fördern. Die Verkehrsdeputation hat darauf beschlossen: „Jawohl, wir sind dazu bereit“ und hat Treptow von diesem Beschlusse verständigt. Die Verkehrsdeputation hat ferner beschlossen, dem Magistrat zu empfehlen, beim Bau der Schnellbahn Moabit-Nixdorf am Moritzplatz eine Abzweigung nach Treptow einzubauen. Sämtliche Strahenzuführungen sind mit Flachbahnen von Privatgesellschaften besetzt, so daß Berlin eigene Bahnen noch dort nicht bauen kann.

Allerdings ist Berlin im Besitz des größten Teils der Aktien der Berliner Elektrischen Straßenbahn-Aktiengesellschaft (Siemens u. Halske). Trotz des großen Aktienbesitzes ist der Einfluß Berlins auf diese Gesellschaft infolge des, schon vor Anlauf der Aktien seitens der Stadt zwischen Siemens u. Halske und der Gesellschaft geschlossenen Vertrages gleich Null. Immerhin hat sich auch diese Gesellschaft bemüht, bessere Verkehrsverhältnisse mit Treptow zu schaffen.

Schon vor länger als Jahresfrist hat die Gesellschaft bei der Gemeinde Treptow die Genehmigung zur Verlängerung ihrer Linie in der Wienerstraße nach der Graegstraße in Treptow nachgesucht. Einem solchen Antrag glaubte die Gemeinde Treptow nur zustimmen zu können, wenn die Strahenzuggesellschaft die Verpflichtung übernehmen würde, in noch zu vereinbarenden Frist die Linie durch die Kieffholzstraße bis Baumstraße fortzusetzen. Jeder die Bedingungen, unter denen dieses geschehen sollte, sind langwierige Verhandlungen gepflogen worden, die im Herbst dieses Jahres endlich einem Abschluß nahe schienen. Unerwarteterweise aber teilten die Vertreter der Gemeinde Treptow vor acht Wochen mit, daß sie ihrerseits mit Nixdorf über die Benutzung der Kieffholzstraße, an der diese Stadt an einer kurzen Strecke die halbe Straßbreite besitzt, Verhandlungen eröffnet hätten, die eine schnelle Erledigung nicht erwarten ließen, und schlugen deshalb vor: von der Verlängerung der Straßenbahn durch die Kieffholzstraße bis auf weiteres Abstand zu nehmen und die weiterzuführenden Verhandlungen auf den Einbau von Gleisen in die Graegstraße und in die Eisenstraße zu beschränken. Der Magistrat der Siemens- u. Halske-Bahn und somit die Stadt Berlin sind zu diesen Verhandlungen nicht herangezogen worden. Das konnte auch deshalb nicht geschehen, weil die Vertreter von Treptow die seit neun Wochen übernommene Verpflichtung, die getroffenen Abmachungen Punkt für Punkt zu Papier zu bringen, bis dato noch nicht erfüllt haben. Trotzdem also feststeht, daß nicht Berlin, sondern Nixdorf und Treptow die Weiterführung der Linie verhindern, wird geschildert weiter kolportiert, Berlin sei das Hindernis. Wenn sich die Einwohnerschaft von Treptow dazu gebrauchen läßt, Korporationsdienste für Herrn v. Montaufler und Genossen zu leisten, so ist das zwar ihre Sache, sie stellt sich jedoch damit kein besonders gutes Zeugnis aus.

In derselben Sache wird uns aus Treptow geschrieben: Wenn man als unbefangener Beobachter die Äußerungen verschiedener Volksblätter verfolgt, die für Eingemeindung Treptows nach Nixdorf Stimmung machen, kann man der Meinung werden, Berlin solle genötigt werden, seinen in Treptow gelegenen Grundbesitz der Terrainspekulation auszuliefern, wie das der Militärklub mit dem Kampthofer Felde getan hat. Eine Eingemeindung Treptows nach Nixdorf liegt nicht im Interesse der hiesigen Gemeinde und entspricht auch gar nicht dem Willen seiner Bevölkerung und auch nicht der Mehrzahl seiner Vertreter. Diese Meinung kam in einer am 10. November in Speers Festsaal abgehaltenen öffentlichen Versammlung zum Ausdruck, in der Stadt. Frey Jubel referierte und die von allen Schichten der Bevölkerung Treptows bejubelt war. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde der Wille der Versammlung dahin kundgegeben, daß bei einer etwa notwendigen Eingemeindung Treptows nicht Nixdorf, sondern Berlin in Frage kommen soll. Dazu lag am nächsten Tage, dem 11. November 1910, in der Gemeindevertretung ein Antrag vor, durch den der Gemeindevorstand beauftragt wurde, erneut mit Berlin in Unterhandlung zu treten wegen Ueberlassung eines geeigneten Friedhofgeländes und gleichzeitig die Unterhandlungen wegen der Eingemeindung Treptows in Berlin wieder aufzunehmen. Der Herr Bürgermeister Schablow hat sich dazu bereit erklärt und, wie wir erfahren haben, liegt auch bereits ein offizieller Antrag von der Stadt Berlin vor, durch den der Gemeindevorstand in Treptow aufgefordert wird, die zur Eingemeindung nach Berlin erforderlichen Bedingungen an den Berliner Magistrat gelangen zu lassen.

Die Entwicklung Treptows befindet sich gegenwärtig in einem Stadium, in welchem der Gemeindevorstand in Zukunft schwierige Aufgaben bevorstehen, die es fraglich erscheinen lassen, ob die Gemeinde in der Lage sein wird, die zu ihrer Durchführung erforderlichen Mittel aufzubringen.

Die Verkehrsverhältnisse Treptows bedürfen einer Erweiterung; die Durchführung der Siemensbahn durch die Graegstraße und deren Weiterführung durch die Kieffholzstraße bis zu dem Ortsteil Baumstraße würde diesem Bedürfnis einstweilen entsprechen. Seit Jahr und Tag schweben hierüber Verhandlungen, von denen aber immer noch nichts Positives an die Öffentlichkeit durchgedrungen ist.

Der „Treptower Anzeiger“ der bekanntlich nicht nur von der Gemeinde subventioniert, sondern teilweise auch inspiriert wird, übernimmt in seiner Nr. 151 vom 25. Dezember 1910 einen Bericht der Morgenausgabe des „V. L. A.“ vom 24. Dezember 1910, mit dem Bemerkten, daß derselbe scheinbar einer Indiskretion sein Da-

sein verdanke. Gleichzeitig verweist der „Treptower Anzeiger“ aber auf einen Artikel seines eigenen Blättchens in derselben Nummer vom 25. Dezember 1910, der sich an einer anderen Stelle befindet und augenscheinlich darauf berechnet ist, Stimmung gegen Berlin zu machen. Er teilt mit: „Unhaltbare Zustände im Betriebe der Siemensbahn“.

Diesem Artikel (Er. gezeichnet), der offensichtlich stark aufgebauscht ist, ist der Zweck, die die Siemensbahn benutzenden Treptower Einwohner gegen Berlin aufzubringen, deutlich anzudeuten. Angeführt wird unter anderem darin die Verspätung eines Wagens um drei Minuten, das Fehlen eines Anhängewagens, das Fehlen der Beleuchtung und andere kleine Verfehlungen, die wir ja gar nicht beschönigen wollen, die aber zu den alltäglichen Erscheinungen im Verkehrsleben auch der privat geleiteten gehören. Daß mit dem Artikel nur Stimmungsmache betrieben werden soll, erhellt schon daraus, daß acht Tage lang eingehende Beobachtungen angestellt und bei dem Fahrpersonal Beschwerden geführt worden sind, anstatt sich bei der zuständigen Stelle, bei der Betriebsleitung zu beschweren.

Daß die Verkehrsverhältnisse Treptows anerkanntermaßen sehr mangelhaft sind, ist nicht allein der Stadt Berlin und ihrem komplizierten Verwaltungsapparat, sondern auch der Treptower Gemeindeverwaltung zuzuschreiben.

Die Einwohnerschaft Treptows hat daher alle Ursache, nicht nur gegen die Rückständigkeit der Siemensbahn und Berlin, sondern auch gleichzeitig gegen ihre eigene Gemeindeverwaltung ganz energig Front zu machen, schon deswegen, weil über die schon vorerwähnten Verhandlungen über den weiteren Ausbau der Siemensbahn selbst den Gemeindevorordneten Treptows keine Mitteilung gemacht worden ist.

Wenn der „V. L. A.“ recht unterrichtet ist, und es liegt kein Anlaß vor, daran zu zweifeln, so wäre es doch wohl am Platze gewesen, von den 85 Punkten der Angebote, mit denen die Nixdorfer Gemeindeverwaltung die Treptower Gemeindeverwaltung einzufangen beabsichtigt, nicht nur den einen, der die bessere Ausgestaltung der Verkehrsmittel Baumstraßeweg, durch Nixdorf, mit Anschluß an eine durch Berlin erst noch zu erbauende Schnellbahn herbeiführen soll, anzuführen. Die anderen Punkte werden aber wohl noch viel weniger geeignet sein, vor einer öffentlichen Kritik zu bestehen, als wie der durch den „V. L. A.“ angeführte. Wenn aber die Einwohnerschaft Baumstraßeweg auf den Anschluß an die erst noch zu erbauende Berliner Schnellbahn durch die Gemeindeverwaltung der Stadt Nixdorf warten soll, so kann das doch wohl noch viel länger dauern, als die Durchlegung der Siemensbahn nach Baumstraßeweg.

Wenn der Gewährsmann des „V. L. A.“ indiskretweise die Verhandlungen mit Nixdorf preisgegeben hat, so lag doch für ihn, wenn er dabei das Interesse Treptows und nicht nur dasjenige des Kreises Teltow und der Provinz Brandenburg im Auge hatte, gar kein Grund vor, nicht auch mitzutellen, daß auch zwischen Berlin und Treptow die eingangs von uns mitgeteilten Verhandlungen eingeleitet worden sind.

Um nicht auch unsererseits Indiskretionen zu begehen, die den weiteren Fortgang der Verhandlungen stören könnten, so verzichten wir einstweilen darauf, auf weitere Kulturaufgaben hinzuweisen, deren Durchführung der Gemeinde Treptow bei ihrer weiteren Entwicklung obliegen werde, die aber, abgesehen von vielen anderen Hindernissen, auf die wir heute ebenfalls nicht näher eingehen wollen, die Gemeinde Treptow aus eigenen Mitteln durchzuführen kaum in der Lage sein wird. Da die Steuerkraft Treptows, wenn wir den Durchschnitt der Steuerlast auf den Kopf des einzelnen Steuerzahlers umrechnen, reichlich doppelt so hoch ist, als wie die der Stadt Nixdorf (etwa 15 zu 7 Mark), so würde auch diese beim besten Willen ebensowenig dazu in der Lage sein.

Nur durch den Zusammenschluß aller Vororte mit Berlin ist eine gleichmäßige Verteilung der Lasten sowie eine gedeihliche Fortentwicklung Groß-Berlins möglich.

Zum Schluß wollen wir noch ganz besonders darauf hinweisen, daß unter dem elendesten aller Wahlgesetze, gerade diejenigen Vororte Berlins, die wie Treptow eine durchaus südliche Einwohnerschaft haben und wo gar keine ländlichen Verhältnisse mehr bestehen, deren Wahlrecht oder den Bestimmungen der Landgemeindevorordnung unterworfen sind, ganz besonders schwer zu leiden haben unter dem Hausbesitzprivileg, mit der Verschärfung, daß höchstens ein Drittel der Gemeindevertretung, also mit Einschluß der nichtangehörigen Gemeindevorsteher und Schöffen, Nichtangehörige sein dürfen. Dazu kommt noch, daß die I. und II. Klasse gemeinsam gar keine Nichtangehörigen wählt und der III. Klasse keine geeigneten Angehörigen zur Verfügung stehen, so daß keine Auswahl getroffen werden kann und die große Masse der Bevölkerung so gut wie gar nicht vertreten ist.

Der einzige Weg, eine klare Meinung der nicht angehörigen Bevölkerung von Treptow herbeizuführen, ist daher die Stellungnahme in öffentlichen Versammlungen, auf die wir auch in der Frage der Eingemeindung ganz besonders hinweisen.

Die vorstehenden Ausführungen beweisen, wie sehr die Bevölkerung von Treptow über die Situation im unklaren gelassen wird und wie entgegen dem ausgesprochenen Willen der Einwohnerschaft Treptows von einigen leitenden Personen der Gemeinde eine Politik verfolgt wird, die mit den Interessen der Gemeinde nicht vereinbar ist. Am deutlichsten tritt dieses Bestreben in die Erscheinung bei den Verkehrsfragen, über die wir oben eingehend Mitteilung gemacht haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Dezember 1910.

Konservative und Nationalliberale.

Da die von den Konservativen in ihrem Nachtinteresse ausgegebene Parole: „Auf zur Sammlung gegen die rote Flut!“ von einem Teil der die Absicht der konservativen Parteiführer durchschauenden Nationalliberalen nicht blindlings befolgt wird, zeigt sich neuerdings im konservativen Generalstab wieder eine arge Verstimmung gegen die Nationalliberalen, die sich in wilden Attaken gegen die „Verbündeten“ und „Blodgenossen“ der Sozialdemokratie — mit solchen Namen werden die Nationalliberalen bereits bedacht — Luft macht. Kennzeichnend für diese verschärfte Spannung zwischen Konservativen und Nationalliberalen ist ein „Spiegelstecherei“ überschriebener Artikel in der letzten Nummer der „Kreuztg.“, in dem es heißt:

„Wer direkt und indirekt die Sozialdemokratie seit der Ausfahrt auf das Wälwische „Philipp“ unterstützt hat und noch fortwährend unterstützt, ist seinem verständigen und kritischen Deutschen heutzutage unbekannt: das sind die Liberalen, und zwar die Nationalliberalen ebenso gut wie die Fortschrittler. Die Steuerhege, der Politik des Hasses (wie der feilkonservative Abgeordnete Dr. Wendt die liberale Tendenzpolitik treffend bezeichnet) und nicht zuletzt auch dem direkten Eintreten für sozialdemokratische Kandidaten bei verschiedenen Erntewahlen seitens Liberaler verdankt die Sozialdemokratie ausschließlich ihren heutigen Aufschwung. Und es ist charakteristisch, daß dieser sozial-

demokratische Aufschwung durch das bekannte Abschlechtsinterdikt des Fürsten Bälou geradezu inau-guriert worden ist. Es nützt nichts, wenn die Liberalen, und besonders die Nationalliberalen — natürlich mit bekannter Entschiedenheit und obligater Schimpferei — diese Unterstüßung der Sozialdemokratie ablehnen. Zahlreiche Zeugnisse aus ihrem eigenen Lager und sorgenvolle Auslassungen aus dem Schoße der Verbündeten Regierungen stehen diesen Ablehnungsversuchen gegenüber. Und was ist denn die jetzige nationalliberalforistritische Verdrängungstaktik anderes als eine Begünstigung der Sozialdemokratie!“

Vegeffentlich sind solche Butanfalle. Die Herren Konservativen fühlen sich selbst in der Rolle des geprellten Lohgerbers, dem die Pelle wegschwimmen.

Der Reichsverband in Tätigkeit.

Der Schlammskrater des Reichswahrheitsverbandes, der eine Zeitlang außer Tätigkeit gewesen zu sein schien oder diese Tätigkeit doch auf das Berramsche seiner älteren Natulatur beschränkt hatte, ist abermals in Aktion getreten und speit neue Massen von Unrat aus. Es scheint also, daß die zerschmetternden Niederlagen des Junker- und Scharfmacherstums den leidtragenden Kraut- und Schlotbaronen den Ventel wieder derart geöffnet haben, um dem Kienbetrieb für Sozialistenverleumdung noch einmal über die Bleite hinwegzuhelfen und ihn wenigstens über die Wahlen hinaus flott zu erhalten.

In einem Zirkular empfiehlt die Geschäftsleitung des Reichswahrheitsverbandes gleich fünf Flugblätter neuerer Datums und drei dicke Wälzer, in denen der reichsverbändlerische Charakter dieser Veröffentlichungen ist ein vierseitiges Flugblatt bezeichnend, das den durch die Gerichtsverhandlungen so lässlich geröteten Scharfmacherwindel von den revolutionären Vorübungen in Moabit, am Wedding usw. mit der bekannten reichsverbändlerischen Ungeniertheit von neuem wiederkauft. Auch ausländische Ereignisse, wie der französische Eisenbahnerausstand und die Vorgänge in Süd-wales, müssen herhalten, um die Sozialdemokratie als eine politische Verbrechergesellschaft hinzustellen, als „Partei der Verrohung, der Zerstörung, der gewalttätigen Revolution“. Von den Entschendaten der Politz, die jeden Tag die Moabiter Prozeßverhandlungen enthüllen, von den wüsten Aufreizungen der Scharfmacherpresse, die mit Maschinen-gewehren unter die Masse gepfeffert haben wollte, von der niederträchtigen Staatsstreichshege der konservativen Führer, von den Aufforderungen des Januskäuers, ein allgemeines Blutbad zu inszenieren, ist natürlich in dem traurigen Machwerk mit keiner Silbe die Rede.

Die erneute intensive Tätigkeit des Reichsverbandes beweist, wie groß die Wollangst der ihn aushaltenden Wintermänner ist. Sie verrät, wie diese Staatsklüben den Wah-lkampf zu führen gedenken! Daß sie mit diesen verzweifeltten Mitteln besondere Erfolge haben werden, werden sie sich so wohl selbst kaum noch einreden. Immerhin wäre es das Gegenteil politischer Klugheit, wenn die Sozialdemokratie sich nicht auch ihrerseits auf einen Wahlkampf einrichtet, der noch ganz andere Anforderungen an die agitatorische Leistungsfähigkeit der Partei stellt, als alle bisherigen Kampagnen. Die enormen Geldmittel, die dem Ganabund und dem Reichsverband zur Verfügung stehen, und der kolossale propagandistische Apparat, der von allen Genossen, nicht zuletzt auch vom Zentrum, in Tätigkeit gesetzt werden wird, machen es der um Verteidigung ihrer elementarsten Rechte kämpfenden Arbeiterklasse zur Ehrenpflicht, ihre Organisationen derart auszubauen, ihre Presse derart zu verbreiten und alle Wahlvorbereitungen derart zu treffen, daß der Schlammskrater der skrupellosten Verleumdungen ein fester Damm entgegengesetzt wird!

Antliche Geheimniskrämeri.

Die Revolte auf der Insel Ponape datiert bereits vom 18. Oktober. Die Insel hat keine Drahtverbindung nach irgend einer Richtung, woraus es sich erklärt, daß die Meldung vom Ausbruch der Revolte verpöht nach Deutschland gelangte. Es steht aber fest, daß die Nachricht dem Gouverneur von Neu-Guinea, Dr. Ohwald, bereits am 30. November bekannt war, und ein oder zwei Tage später war ganz bestimmt auch das Kolonialamt unterrichtet. Trotzdem hat man der Öffentlichkeit erst dann Mitteilung gemacht, als ein Privat-Depeschenbureau die Nachricht von der Revolte verbreitete. Fast scheint es, als ob man Bedenken getragen hat, solche Grobpost der Öffentlichkeit in dem Moment zu übergeben, als der Reichstag versammelt war. Vielleicht wollte man dem Reichstag erst dann Mitteilung davon machen, nachdem die ganze Angelegenheit wieder beigelegt war.

Daß die Reichsregierung von den Vorkommnissen längst Kenntnis hatte, geht auch daraus hervor, daß bereits vor einiger Zeit zwei Kreuzer nach Ponape beordert worden sind, die mittlerweile auch dort eintrafen.

Gegen eine solche Geheimniskrämeri muß ganz entschieden Einspruch erhoben werden.

Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Das Wollische Telegraphische Bureau meldet: „Die Konstituierung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, deren Gründung bei der Berliner Universitätsfeier von Allerhöchster Steds in Aussicht genommen wurde, wird sicherem Vernehmen nach in der ersten Hälfte Januar stattfinden. Sie soll mit einem Vortrage des Wollischen Geheimen Rats Professor Dr. Emil Fischer in der Wohnung des Kultusministers verbunden werden, welchem auch Seine Majestät der Kaiser beizuwohnen gedenkt. In den letzten Monaten ist dem Kultusministerium noch eine Reihe weiterer Vereiterklärungen zur Beteiligung an dem großen Unternehmen aus den verschiedenen Teilen der Monarchie und aus den verschiedensten Berufskreisen zugegangen.“

Dieser Mitteilung nach zu urteilen, scheint der Zweck der neuen Gesellschaft darin zu bestehen, durch belehrende Vorträge Fürsten und Ministern die Wissenschaft näher zu bringen.

Ausdrucksfess.

Wie wir bereits berichteten, haben die streitenden Berliner Professoren Sering, Schmolzer, Wagner einerseits und Bernhard andererseits Frieden geschlossen. Das Schwarze Brett der Universität verkündet dieses wichtige Ereignis durch folgenden Anschlag des Rektors:

„Bekanntmachung.“

Nachdem die von mir im Einvernehmen mit den Herren Ordinarien der Staatswissenschaften zur Prüfung der zwischen ihnen schwebenden Streitigkeiten eingesetzte Kommission ihr gutachtliches Urteil abgegeben hat, haben die Parteien Erklärungen ausgetauscht, nach welchen

Herr Professor Dr. Bernhard auf Grund der ihm gewordenen Informationen anerkennt, daß seine älteren Nachkommen ihn in

seiner Befähigung nicht haben ungebührlich beschränken wollen, und die auf Grund dieses Urteils ausgesprochenen Beschränkungen sowie die im Kolleg von ihm getanen Äußerungen, soweit sie Vorwürfe gegen seine Hochgenossen enthalten, zurücknimmt, auch versichert, daß er den in der Presse erschienenen ehrverletzenden Angriffen gegen seine Hochgenossen fernsteht; während die Herren Eggelsen, Wagner, Eggelsen v. Schmöller und Professor Sering die in ihrem Schreiben vom 23. Juli dieses Jahres gegen Herrn Professor Bernhard erhobene Beleidigung zurücknehmen und versichern, daß sie etwaigen in der Presse gegen Herrn Bernhard erschienenen ehrverletzenden Angriffen fernstehen.

Beide Parteien haben versichert, daß es sich in keinem Stadium der Angelegenheit um grundsätzliche Gegensätze wissenschaftlicher, wirtschafts- oder sozialpolitischer Art gehandelt hat.

Hierauf erachtete ich den Streitfall für abgeschlossen.

Berlin, den 28. Dezember 1910.

Der Rektor. (gez.) Rubner.

Sehr schön! Indem beide Parteien offen versichern, daß es sich bei ihrem Streit um keine „grundsätzlichen Gegensätze wissenschaftlicher, wirtschafts- oder sozialpolitischer Art“ gehandelt hat, befanden sie selbst, daß ihr Streit nichts als ein inhaltloser persönlicher Krakeel ist.

Rechtssicherheit im preussischen Kulturstaat.

Die traurige Geschichte der galizischen Dienstmagd Josefa Euston, die nur deshalb, weil sie die Dauer ihrer Aufenthaltserlaubnis überschritten hatte, rechtswidrig acht Monate lang in Haft gehalten wurde, ist noch in aller Erinnerung. Damals hieß es, daß solches Vorkommnis eine große Ausnahme sei und nur infolge eines unglücklichen Zusammentreffens allererlei Umstände eintreten konnte. Tatsächlich scheinen jedoch derartige Fälle in dem Staate der „vollendeten Rechtsgarantien“ keineswegs so sehr selten zu sein, denn das „Rechtstädt Wochenblatt“, wiewohl bereits einen ähnlichen Fall zu melden, der sich vor kurzem in Reustadt (Hollstein) zugetragen hat:

Holsteiner Schanz hatte zehn russische Polen als Arbeiter im Dienst. Plötzlich, im Dezember 1909, kam, so berichtet das Blatt, vom Landrat die Order, Herr Schanz habe die Leute sofort zu entlassen. Dies geschah, die Russen wurden entlassen, die nötigen Papiere wurden ihnen eingehändigt. Am Morgen nach der Entlassung traf der jetzt pensionierte Polizeiwachmeister K. die Russen auf dem Marktplatz und verhaftete sie. Der eine wurde dann entlassen, während seine beiden Leidensgenossen, Bednag und Adamial, in Haft blieben und volle drei Monate „gefesselt“ haben. Ein Teil des von den Arbeitern erarbeiteten Geldes wurde zur Deckung der Haftkosten verbraucht. Auf eingelegte Beschwerden kam seitens des Reustädter Polizeibeamtens der Befehl, beide seien russische Polen und sollten, da sie mit der russischen Polizei in Konflikt ständen, über die Grenze speidiert werden; die Unterhandlungen mit den russischen Behörden seien aber regelmäßig sehr langwierig. Es fragt sich aber doch, ob zu einer Auslieferung wirklich ein ganzes Vierteljahr notwendig ist, wenn Verbrechen so klar zutage liegen, wie dies doch — als Grund der so prompten Verhaftung — anstehend der Fall gewesen ist. Schließlich wurden beide forttransportiert, und nun — kam ein Nachspiel: Herr Schanz, der Arbeitgeber, erstellte, trotzdem er seine Leute ordnungsmäßig entlassen und mit den erforderlichen Papieren ausgerüstet hatte, zwei Anzeigen: die für Bednag lautete über achtzig die für Adamial gar über 180 M.! Nachdem Herr Sch. gutwillig die erste bezahlt hatte, legte er Protest ein, doch der mühte ihn wenig, denn jetzt erhielt er Prozessandrohung. Nach weiteren Protesten wurde Herr Schanz mitgeteilt, daß die direkten Haftkosten — nebstbei: eine relativ geringe Summe, etwa 12 M. — für Adamial gestrichen werden sollten. Daraufhin erklärte sich Herr Sch. mit den behördlichen Maßnahmen — des lieben Friedens halber — einverstanden, wenn die direkten Haftkosten auch für Bednag gestrichen würden. Dies erfolgte und so hat der Arbeitgeber, der völlig korrekt gehandelt hatte, für zwei seiner Arbeiter, die treu und gut gearbeitet haben, insgesamt etwa 180 Mark bezahlt — für Nichts und wieder Nichts!

Offenlich fühlt sich der Herr Minister des Inneren veranlaßt, genaue Auskunft einzufordern und den betreffenden Beamten eine gründliche Wagensreinigung angedeihen zu lassen.

Ueber die Vorteile der Einfuhr französischer Viehes

teils der Anführer Stadtrat mit, daß das in den dortigen Schlachthof eingeführte ausländische Vieh sich nicht nur durch seine vorzügliche Qualität und die gute Mästung, sondern vor allem auch den guten Gesundheitszustand auszeichnet. Statistisch wurde festgestellt, daß das einheimische Schlachtwieh um rund 50 Proz. mehr mit Tuberkulose befallen ist, als das aus Frankreich stommende. Die Verantwortlichen wegen Tuberkulose ist ganz wesentlich unter dem Einfluß der Einfuhr französischer Viehes zurückgegangen.

Ein polizeilich bewachtes Arbeiter-Jugendheim.

In Breslau ist am 1. Weihnachtstage ein mit Unterstützung der Partei und Gewerkschaften ins Leben gerufenes Arbeiter-Jugendheim dem Verkehr übergeben worden. Nicht wenig erstaunt waren am Eröffnungstage die Besucher, als sie im Vorraum des in einem Privathause untergebrachten Jugendheims einen Schutzmännchen und einen leibhaftigen Volkspolizeikommissar erblickten, die dort Posto gefaßt hatten. Da der Grund der Anwesenheit der beiden behelmlen Beamten nicht zu ermitteln war, wird der Jugendausschuß Beschwerde einlegen. Fünf Stunden lang standen die Hüter der Ordnung auf ihrem Posten und mußten dann, als das Jugendheim geschlossen wurde, abziehen, ohne Material über das „staatsgefährliche Jugendheim“.

Handwerkertagung.

Im Reichsamt des Innern tritt am 8. März 1911 die längst angekündigte Handwerkertagung zusammen. Eingeladen hierzu sind: Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeausschuß in Hannover, der Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands in Berlin, die Deutsche Mittelstandsvereingung in Berlin, der Deutsche Handeltag in Berlin, der Zentralverband Deutscher Industrieller in Berlin und der Bund der Industriellen in Berlin.

Außerdem werden auch die Einzelstaaten Vertreter entsenden. Drei Hauptfragen sollen von der Konferenz behandelt werden: erstens die Abgrenzung von Fabrik und Handwerk, zweitens die Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung durch das Handwerk, drittens die Abänderung des § 100g der Gewerbeordnung (Bestimmung von Mindestpreisen).

Die ersten beiden Fragen sind derart schwierig, daß auch von dieser Konferenz eine befriedigende Lösung nicht zu erwarten ist. Aber die Regierung scheint mit der Einberufung dieser Konferenz den Handwerkern beweisen zu wollen, daß sie ihr ganz besonderes Augenmerk den Wünschen des Handwerks zuwenden, was auf die bevorstehenden Reichstagswahlen immerhin von einigem Einfluß sein kann.

Schweiz.

Die Sozialdemokratie gegen die Teuerung.

Bern, 24. Dezember. (Fig. Ber.) Die Bundesversammlung ist wieder in die Ferien gegangen und wird sich am 20. März 1911 wieder zur Frühjahrssession versammeln. Vor der Vertagung brachte unsere Fraktion im Nationalrat die herrschende Teuerung in Form folgenden Antrages zur Sprache:

Der Bundesrat wird eingeladen, die Frage zu prüfen und darüber beförderlich Bericht und Antrag einzubringen, ob und durch welche Maßregeln die noch immer steigende Verteuerung der notwendigen Lebensmittel gemildert werden kann, insbesondere, ob nicht die Einfuhr gefrorenen Fleisches aus Argentinien zu erleichtern sei.

Den Antrag begründete Genosse Greulich, der sich zuerst mit den Agrariern auseinandergesetzt, deren Vorgehen nichts anderes als reiner Klassenkampf ist. Der Bundesratsekretär Dr. Laur treibt tendenziöse Statistiken. Eine Teuerung besteht und sie wirkt äußerst nachteilig auf die breiten Massen der Bevölkerung, die gehoben werden sollten, die aber heute herabgedrückt werden. Die Ursachen der Teuerung erblickt Greulich in der steigenden Goldproduktion, die das Geld entwertet, in den Zöllen und in der fortschreitenden Industrialisierung aller Länder; sodann in dem relativen und absoluten Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Zur Feindschaft zwischen Bauern und Arbeitern liegt kein Grund vor; erstere sollten bedenken, daß die unter der Teuerung leidenden Arbeiter Fleisch und Blut von ihnen sind. Andererseits befinden sich die Bauern ebenfalls größtenteils in einer mitleidigen Lage. Die Schweiz leistet jedes Jahr viele Millionen zur Förderung der Landwirtschaft. Die Zölle haben der Bevölkerung schwere Opfer auferlegt und wenn sich trotzdem die Landwirtschaft schlecht feldt, so muß man fragen, ob alle die aufgewendeten Mittel auch wirklich denen zugute kommen, die sie nötig haben? Bei der Untersuchung der Wirkungen der Lohnrückbildungen auf die Teuerung führte Greulich aus, daß wenn der Lohn ein Drittel der Produktionskosten ausmacht, eine Lohnrückbildung von 30 Proz. nur eine Steigerung der Produktionskosten um 10 Proz. beträgt. Die Teuerung macht aber viel mehr aus. Die Produzentenverbände der Industriellen wie der Agrariern betreiben die Preissteigerungen und Verteuerung in viel höherem Maße. Den Bauern nützen die hohen Lebensmittelpreise nur momentan. In der Schweiz wechseln 15 000—20 000 Heimwesen jährlich ihren Besitzer und die Folge davon ist eine Ueberkapitalisierung und schließlich eine enorme Bodenverschuldung, die die höheren Einnahmen aus den gesteigerten Produktpreisen wieder paralysiert. Da nützt den Bauern die Politik der hohen Lebensmittelpreise gar nichts und wäre ihnen vielmehr geholfen durch ein großzügiges Genossenschaftswesen, das die kollektive Amortisierung der auf den Bauernbetrieben lastenden Schulden ermöglicht. Greulich wandte sich sodann auch gegen die von den Agrariern schon jetzt wieder betriebene Agitation für eine weitere Erhöhung der Zölle bei der nächsten Handelsvertragskommission.

Bundesrat Deucher, der Chef des Landwirtschaftsdepartements, anerkannte die Teuerung, aber keine Notlage, weshalb er auch die Forderung der Zolltarifermäßigung zurückwies. Dagegen sagte er Entgegenkommen zu in bezug auf die Einfuhr von gefrorenem Fleisch und der Resolution Greulich zu.

Nachdem noch mehrere bürgerliche Redner den Antrag Greulich unterstützt hatten, wurde er erheblich erklärt und dem Bundesrat überwiesen, der hoffentlich nicht monatlang „gründlich“ untersucht, sondern schnelligt Abhilfe schafft.

Rußland.

Ausweisung russischer Untertanen.

Petersburg, 26. Dezember. (W. Z. B.) In der Reichsduma wurde heute über den von 36 Oltobristen gestellten Antrag beraten, den Minister des Auswärtigen wegen der Ausweisung russischer Untertanen aus dem Bezirk von Maritsch-Ostrau zu interpellieren. Die Nationalisten machten den Vorschlag, der Kommission zur Verichterstattung eine Frist bis zum 1. Februar zu geben. Abgeordneter Balaisch (Nationalist) wies darauf hin, daß die Ausweisung von 418 russischen Untertanen kein Einzelfall sei. Abgeordnete aus Pskowen seien Jungen davon gewesen, wie drei Semstwoangestellte, die unvorsichtig genug gewesen seien, auf Fahrplänen eine benachbarte österreichische Stadt zu besuchen, dort unter Spionageverdacht verhaftet und wie gemeine Verbrecher ins Gefängnis geworfen worden seien. Nur mit größter Mühe und nach Einmischung des Postkassiers sei ihre Befreiung gelungen. Solche Vorgänge ließen auf eine gewisse Planmäßigkeit der Handlungen der österreichischen Regierung schließen. Falls solche Planmäßigkeit bestünde, müßte auch die russische Regierung erwidern, ob für Rußland der Aufenthalt österreichischer Untertanen auf russischem Gebiete wünschenswert sei. (Beifall.) Woletajew (Sozialist) drückte sein Bedauern darüber aus, weshalb die Frage nicht auch auf die russischen Untertanen in Deutschland ausgedehnt werde. Schließlich nahm die Reichsduma einstimmig den Antrag der Nationalisten an.

Afrika.

Kämpfe im Rand-Minen-Gebiet.

Während der Feiertage haben im Rand-Minen-Gebiet verschiedene Kämpfe mit Eingeborenen stattgefunden. Bei Rew-Riesfontein griffen Eingeborene mit Messern die Polizei an, worauf diese von der Schutzwaffe Gebrauch machte und drei Eingeborene tötete. Bei der City Deep-Mine fand ein heftiger Kampf statt, bei dem drei Eingeborene getötet und viele verwundet wurden; auch bei der Langlaagte-Mine wurden bei einem Kampf sechs Eingeborene getötet.

Ueber die Ursache dieser Zusammenstöße ist noch nichts bekannt geworden. Offenbar handelt es sich aber um Unruhen, die auf eine Verhandlung schwarzer Minenarbeiter zurückzuführen sind, die von diesen als schweres Unrecht empfunden wurde. Die englische Regierung, die sich pflichtgemäß der aus dem englischen Gebiet stammenden Eisenbahnarbeiter annahm, unter denen unlängst in Deutsch-Südwestafrika ein Massaker angerichtet wurde, wird gut tun, auch die Vorgänge im Rand-Minen-Gebiet einer strengen Untersuchung zu unterziehen!

Amerika.

Neue Kämpfe in Mexiko

Die mexikanischen Insurgenten trieben die Regierungstruppen bei San Carlos unweit Ojinaga zurück. Der Truppenkommandant Oberst Durante ist gefallen. Ein Kampf soll zwischen größeren Streikkräften bei Walpaso stattgefunden haben, dessen Ausgang unbekannt ist.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Kolonialschwärmer.

Unter dieser Ueberschrift hatten wir in unserer Nr. 302 einen Versammlungsbericht aus der Mannheimer „Vollstimmte“ unter die Lupe genommen, der sehr wenig zu den Anschauungen der sozialdemokratischen Partei über unsere „herrlichen Kolonien“ sagte. In der Dienstagsnummer veröffentlicht nun die Redaktion unseres Mannheimer Parteiblattes folgende Notiz:

Wichtigstellung.

Im lokalen Teil der Nr. 302 unseres Blattes war ein Bericht über einen Vortrag abgedruckt, den Herr Amtsrat Dr. Kornmayer am letzten Mittwoch im hiesigen Verein für Volkshilfe über unsere Schutzgebiete in der Südtsee gehalten hat. Der Bericht war uns — wie allen anderen hiesigen Zeitungen — vom Bureau des Vereins zugegangen und war, da die Fassung der früheren Vortragsreferate des Vereins im allgemeinen zu Beanstandungen noch keinen Anlaß gegeben hatte, im Drange der Gedächtnis ohne vorherige genauere Durchsicht in Satz gegeben worden. Es zeigte sich später, daß es einige Stellen enthielt, die wir, hätten wir ihn vor dem Druck genau gelesen, nicht in dieser Form hätten passieren lassen. Zur Aufbahrung der Sache zu einer Staatsaktion, wie es dem Berliner „Vorwärts“ beliebt, liegt danach kein Anlaß vor. Jedermann weiß, daß an die im lokalen Teil der Tagespresse erscheinenden Versammlungs- und Vereinsberichte, die zudem meistens als nicht von der Redaktion ausgehend bezeichnet sind, nicht der strenge prinzipielle Maßstab angelegt werden kann, wie an den politischen und sozialen Teil der Zeitung. Verstehen heißt auch im Zeitungsbetrieb manches verzeihen, und dieses Verzeihen glauben wir auch beim „Vorwärts“ voraussetzen zu dürfen.

Wir verstehen und vergeihen; möchten uns aber noch den Wunsch gestatten, daß in Zukunft die Mannheimer „Vollstimmte“ doch lieber auch ihren lokalen Teil dem Maßstabe anpassen möge, der eben einmal an ein sozialdemokratisches Blatt zu legen ist.

Ein Freispruch.

Vor einiger Zeit war der Genosse Wendemuth von der „Vergischen Arbeiterstimme“ in Solingen vom dortigen Schöffengericht wegen Verrückterklärung zu drei Tagen Gefängnis verurteilt worden. Der vermeintliche Verführer hatte die Namen einer Anzahl Arbeitswilliger veröffentlicht, um unangenehme Verwickelungen mit Arbeitern gleichen Namens zu verhüten.

Auf die eingelegte Berufung ist die Oberfelder Strafkammer nunmehr zu einem Freispruch gekommen. Der Verteidiger bemerkte treffend, daß in der bloßen Veröffentlichung der Namen von Arbeitswilligen keine strafbare Handlung liege, da eine jede Einwirkung auf diese erlaubt sei, so lange sie sich in gesetzlichen Bahnen bewege. Zu einer solchen Einwirkung gehöre auch die Kenntnis der Namen dieser Arbeitswilligen. Er beantragte Aufhebung des ersten Urteils und die Freisprechung des Genossen Wendemuth. Der Staatsanwalt wollte selbstverständlich die Berufung verworfen wissen. Das Berufungsgericht kam, wie schon bemerkt, zu einem Freispruch und bemerkte in der Urteilsbegründung, daß an und für sich wohl in einer derartigen Veröffentlichung die Kriterien strafbarer Handlungen erblickt werden können. Im vorliegenden Falle stehe jedoch fest, daß einziger und alleiniger Zweck der Veröffentlichung gewesen sei, Verwickelungen vorzubeugen. Zudem habe die Veröffentlichung auch nichts Neues gebracht, da die Namen längst bekannt gewesen seien.

Ein bedeutender Fortschritt der deutschösterreichischen Parteipresse

vollzieht sich am 1. Januar durch die Umwandlung unserer Parteipresse in Salzburg und Linz zu Tagesblätter. Es ist ein Wagnis, an das die sozialistischen und österreichischen Genossen schreiten; wir wünschen ihnen im Interesse des Proletariats alles Glück dazu!

Aus Industrie und Handel.

Die wirtschaftliche Konzentration in 1910.

Auch das vergangene Jahr hat wieder auf den verschiedensten Wirtschaftszweigen Zusammenschlüsse der Großunternehmungen gebracht. Der Tendenz der ökonomischen Entwicklung ist in erster Linie die Elektrizitätsindustrie und die Montanindustrie gefolgt. Die Aufnahme der Felten, Guilleaume-Lahmeyerwerke durch die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft schuf in der deutschen Elektroindustrie nur noch zwei Riesengruppen, eben die A. E. G. und die Siemens-Halske-Gesellschaft. Beide Gruppen stehen aber auch den größten ausländischen Unternehmungen, den amerikanischen Elektrizitätsgesellschaften nicht mehr fern. Deshalb ist auf diesem Gebiete eine internationale Einigung am ehesten denkbar. Einer solchen ist auch der Weg dadurch geebnet worden, daß die letzte der großen unabhängigen englischen Kabelgesellschaften, die Kabel unter dem Atlantischen Ozean betreibt, unter die Kontrolle des amerikanischen Kabeltrusts gekommen ist. Die beiden deutschen atlantischen Kabel stehen bekanntlich auch in Beziehungen zu einer amerikanischen Gesellschaft, der Commercial Cable Co. In der Montanindustrie haben sich die Deutsch-Burgundische Bergwerksgesellschaft und die Dortmunder Union zusammengeschlossen. Die erstere Gesellschaft hat sich auch an der Saar- und Mosel-Bergwerksgesellschaft beteiligt und noch zwei Gewerkschaften aufgenommen. Daneben gab es noch einige andere Anschlüsse unbedeutenderer Gesellschaften an die großen Kongerne. Auch der Ankauf der Hohe Viecher durch den Kohlebergbauverein Kumpen-Friede sei an dieser Stelle erwähnt. Doch wird gerade in der Montanindustrie mit jedem neuen Zusammenschluß die allgemeine Einigung schwieriger. Der Stahlwerksverband und das Kohlenyndikat erhalten durch die Bildung unabhängiger Riesenkongerne einen Stoß nach dem andern, bis sie schließlich nicht mehr lebenskräftig genug sein werden. Bereits wird von verschiedenen Seiten das Ende der beiden Verbände für das Jahr 1912 vorausgesagt. Das für die Metallindustrie gebildete Zwangsyndikat trägt den Zwang zur Konzentration in sich. Der Winterhallkongert hat sich eine namhafte Anzahl junger Kaliverke angeschlossen. Ebenso hat der sogenannte Fürstentkongert seine Kraft ausdehnen können und ein Zusammenschluß mit der Feldburggruppe kann nur eine Frage der Zeit sein. Dazu kommt in jüngster Zeit die Vereinigung des elbischen Kaliverkes Amesse mit den Deutschen Kaliverken, ein Zusammenschluß von größter Bedeutung, da in ihm sich zum ersten Male die Linien der großen Konzentration zeigen. Speziell in der Metallindustrie dürfte das neue Jahr einen Fortschritt in der Richtung der weiteren Betriebsvereinigung bringen. Die großen Aktienbanken haben seit Jahren Ruhe bewahrt.

Reinvestitionen.

In den ersten elf Monaten der nachstehenden Jahre betrug die Summe der gewerblichen Reinvestitionen, soweit sie Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit b. H. betreffen, in Millionen Mark:

1906	1907	1908	1909	1910
1891,11	1195,17	945,97	1014,85	1187,70

Am höchsten war die Summe im letzten vollen Aufschwungsjahr 1906. Schon 1907 setzte die Abwärtsbewegung sehr kräftig ein, um 1908 ihre stärkste Intensität zu erreichen. Das Jahr 1909 brachte dann die Erholung, die im Jahre 1910 trotz der widrigen Verhältnisse an Geldmarkt erfreuliche Fortschritte machte.

Ein Zündholzmonopol in Oesterreich.

Das I. L. Finanzministerium feuert ganz ernsthaft auf das Zündholzmonopol los. Es hat jetzt an alle Zündholzfabriken die Einladung gerichtet, in Form einer bindenden Offerte binnen vier Wochen die Bedingungen für die Uebernahme der Fabriken durch den Staat bekanntzugeben und zwar so, daß die Fabriken mindestens ein Jahr im Werte bleiben.

Gewerkchaftliches.

Demokratische Agitation gegen die freien Gewerkschaften.

Der von bürgerlichen Demokraten (Richtung Dreitscheld) geleitete Bund der technisch-industriellen Beamten agitiert jetzt durch Herausgabe der neuen Zeitschrift „Der kaufmännische Angestellte“ auch unter den Handlungsgehilfen. Der Bund der technisch-industriellen Beamten zählt etwa 17000 Mitglieder. Die Zahl der technischen Angestellten, die ihm noch fernstehen, ist also sehr groß. Wenn trotzdem der Bund sein Agitationsgebiet auf die Handlungsgehilfen ausdehnt, so wird man die Gründe dafür in zwei Ursachen suchen dürfen. Erstens steht fest, daß das Wachstum des Bundes nach einem raschen anfänglichen Aufschwung nun infolge starker Mitgliederfluktuation merklich abgeklaut ist; zweitens ist den bürgerlichen Demokraten begreiflicherweise der Kreis der technischen Angestellten ein ungenügendes parteipolitisch-rekrutierungsgebiet.

Die bisherige Agitation des angeblich „neutralen“ Bundes der technisch-industriellen Beamten unter den Handlungsgehilfen eröffnet vielversprechende Aussichten. Die erste Probenummer seiner Zeitschrift „Der kaufmännische Angestellte“ legte dar, daß sich die Handlungsgehilfen von der Sozialdemokratie ganz naturgemäß „abgeschieden“ fühlen müßten. In der zweiten Probenummer wird den Lesern erzählt, wie schädlich es ist, wenn sich eine Handlungsgehilfenorganisation den freien Gewerkschaften anschließt. Es heißt darin, daß der Verein der deutschen Kaufleute mit seinen 18000 Mitgliedern fast den fünften Teil der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften ausmache, denen er angehört. Also könne sich der genannte Verein die weitgehendste Unterstützung seiner Aktionen durch die anderen Gewerkschaften erzwingen. Anders lägen die Dinge bei den freien Gewerkschaften. Von diesen werde man kaum erwarten können, daß sie sich neben der Interessenvertretung für ihre fast 2 Millionen Arbeitermitglieder noch sonderlich für die 15 oder 16000 Privatangestellten ins Zeug legen, die sich ihnen angeschlossen hätten. Die Herren vom Bund der technisch-industriellen Beamten sind in Wirklichkeit gar nicht so töricht, als sie sich hier stellen. Sie wissen ganz genau, daß die Generalkommission der Gewerkschaften angegliederten Organisationen durchaus selbständig sind, so daß jede Gewerkschaft die Besonderheiten ihres Berufes bei der Agitation usw. uneingeschränkt berücksichtigen kann. Des ferneren aber vertreten die vereinigten freien Gewerkschaften nicht nur die gemeinsamen Forderungen, sondern unterstützen sich auch gegenseitig im Kampf gegen schädliche Eigenarten einzelner Berufe; man denke an die Heimarbeiter, den Kost- und Logiszwang der Barbiers, das Stellenvermittlungswesen im Gastwirtsberuf usw.

In derselben Weise werden auch die frei organisierten Handlungsgehilfen ohne Rücksicht auf ihre Mitgliederzahl von den freien Gewerkschaften unterstützt. Es ist durchaus nicht so, wie die neue Zeitschrift des Bundes der technisch-industriellen Beamten persiderweise unterstellt, daß die Handlungsgehilfen unter den freien Gewerkschaften die Rolle des Aschenbröckels spielen.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten hat ein Interesse daran, die Arbeitergewerkschaften zu verächtlichen. Seine Mitglieder sehen nämlich, daß die Arbeitergewerkschaften die Lebenslage ihrer Mitglieder verbessern, wogegen der Bund den seinigen nur schöne Reden bietet. Ueberdies würden sowohl die technischen Angestellten als auch die Handlungsgehilfen der demokratischen Vereinigung flüchten gehen, wenn sie erkennen, daß sie mit den Arbeitern gemeinsame Interessen haben und diese auch am besten mit den Arbeiterorganisationen vertreten können.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Typsetzer! Den Kollegen zur Nachricht, daß die Differenzen bei der Firma Friedrich Treisfert erledigt sind. — Die Firma ist wieder freigegeben! Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Delbrück als Handlanger der Scharfmacher.

Unser gestriger Leitartikel bedarf der Berichtigung. Von unterrichteter Seite werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht Herr Magistratsrat Böbling war, der seinerzeit in der Schlichtungskommission für die Berliner Bauklemper die Zurückweisung eines Gewerkschaftsangeestellten als Vertreter der Arbeiter durchsetzte. Insofern haben wir Herrn Böbling Unrecht getan. Es handelte sich damals um den Gewerkschaftler Dr. Werth. Im übrigen ändert dieser Irrtum nichts an der Tatsache, daß die Regierung zwei um das Zustandekommen des Friedens im Baugeverbe verdiente Beamte nicht in das Zentralschiedsgericht übernahm, sondern durch andere ersetzte, weil sie den Unternehmern willfährig sein wollte.

Vom Koalitionsrecht der Versicherungsangestellten.

Die Preussische Lebens- usw. Versicherungs-Aktiengesellschaft zu Berlin scheint den unruhlichen Spuren der „Viktoria“ folgen zu wollen. Auch ihre Angestellten erkennen immer klarer die Bedeutung der Organisation. Die Direktion glaubt, durch Entlassung von Angestellten, die für ihren Verband tätig sind, auf die übrigen abschreckend einwirken zu können. Sie hat jüngst bei ihrer Subdirektion Leipzig einen Akquisiteur entlassen. Die Angestellten kennzeichnen diese Entlassung als eine ungewöhnliche Maßregelung. Die in Zwickau abgehaltene Versammlung der sächsischen Angestellten sah auf Wunsch des Entlassenen von Gegenmaßnahmen ab; einmütig protestierte sie aber gegen jeden Angriff auf das gesetzliche Vereinigungsrecht der Angestellten und machte der Direktion bekannt, daß die Angestellten fest entschlossen sind, jeden weiteren Angriff auf ihre Zugehörigkeit zum Verband mit allen Mitteln zurückzuschlagen. Die Direktion der „Friedrich Wilhelm“ wird sich übrigens von der „Viktoria“ belehren lassen können, daß solche Willkür und Ungerechtigkeiten recht unangenehme Mittel sind.

Der Gasarbeiterstreik in Zwickau dauert fort. Angebahnte Verhandlungen verliefen resultatlos, da die Direktion nicht die geringsten Zugeständnisse machte. Sie wollte vielmehr bei der Wiedereinstellung der kündigungswilligen Kuslele halten, also Maßregelungen vornehmen, diese so ausgeübt wieder als Neueingestellte behandeln, sie der durch jahrelange Tätigkeit erworbenen Vergünstigungen für verlustig erklären, ihnen nur den Mindestlohn, für Gasarbeiter 88 Pf. pro Stunde und für Feuerhausarbeiter 80 Pf. bezahlen, somit den alten Arbeitern eine Lohnreduktion belcheren. Unter diesen Umständen lehnten die Streikenden die Aufnahme der Arbeit ab. An Arbeitswilligen hat es bisher nicht gefehlt, trotzdem es der Streikleitung gelang, eine größere Anzahl abzuschließen. Unternehmer am Orte sorgen für neue Zufuhr aus den Reihen ihres Personals. All die Klausurträger vermögen den Betrieb auf die Dauer und regelrecht nicht aufrecht zu erhalten. Die Nachteil stellen sich auch hier erst später ein, wenn Reparaturen an den Betriebsanlagen erforderlich werden, die ungeschickte Hände verschuldet. In letzter Linie aber der Halsstarrigkeit der Verwaltung zu Berantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.

danken sind, und wofür die Steuerzahler den Schaden zu tragen haben. Die Fernhaltung des Zuguges kann deshalb die Chancen der Ausständigen nur günstig beeinflussen.

Unternehmerorganisationen.

Der soeben erschienene Jahresbericht des bayerischen Industrie-Verbandes weist für das abgelaufene Jahr eine erhebliche Zunahme an Mitgliedern auf. Am 1. Oktober 1910 gehörten dem Verbande 714 Einzelmitglieder und 17 Verbände mit nahezu 3000 Mitgliedern an. Die Zahl der von den Mitgliederfirmen beschäftigten Arbeiter betrug über 190000.

Für die Arbeiterschaft ein Ansporn, unermüdet an dem Ausbau und der Stärkung ihrer Organisation zu arbeiten.

Ausland.

Ein Cafestellnerstreik zu Weihnachten

war die erste, wohlgeleitete Aktion der jungen Organisation der Wiener Kaffeehausstellner. Bekanntlich ist Wien die eigentliche Stadt der Kaffeehäuser als — „Ding an sich“, d. h. der reinen Cafés, die nicht auch Restaurants sind und wo man zwar Wilhards und Karmortischchen, aber niemals weißgedeckte Tische und Musikkapellen findet. Eigenartig ist die Stellung der „Marqueur“, der Zahlstellner; sie erhalten keinen Lohn, sondern sie zahlen (also wie die Portiers der großen Hotels) noch für ihre Stellung, indem sie die zahllosen Zeitungen, Zündhölzchen, Spiellarten usw. selbst bezahlen. Nun begann die Organisation schon vor drei Wochen mit der Ueberreichung der Forderungen (Monatsgehalt von 60 Kronen mindestens für die Zuträger, Vorknüttelungen für Stillschreitenden, des Küchenpersonals, 36 Stunden Urlaub wöchentlich und täglich zwei-stündige Mittagszeit, Speisenzuschuß für die Marqueure) und in einigen der größeren Cafés wurden sie auch alsbald bewilligt; eines mußte eine mehrstündige Diskutation durch achtzig Stellner ertragen. Im Café Bürgertheater aber traten am Sonntag sämtliche 19 Angestellte in den Ausstand, was die Schließung des Cafés bis Montagabend zur Folge hatte, wo ein zweijähriger Tarifvertrag abgeschlossen werden konnte. Das war der erste Streik von „Kaffeehausbesuchern“.

Ein Demonstrationstreik.

Aus Paris wird gemeldet: Der Streikaußschuß des Allgemeinen Arbeiterverbandes hat den Beschluß gefaßt, den Gesamtausschluß der Verbandsmitglieder vorzubereiten, um gegen die Verurteilung des Syndikatssekretärs Durant in Rouen zu protestieren.

Ausperrung im graphischen Gewerbe in Sofia.

Seit dem 16. November sind in Sofia circa 450 Arbeiter der graphischen Gewerbe ausgesperrt, weil sie einen von den Arbeitgebern vorgelegten unangünstigen Tarif nicht annehmen wollten. Der internationale Sekretär der Buchdrucker hat mit den Arbeitgeber-Verhandlungen gepflogen, die aber ergebnislos verlaufen sind. Das internationale Bundessekretariat unterstützt die Aussperrten, ebenso auch das internationale Buchbindersekretariat. Der deutsche Buchbinderverband hat schon eine Summe an die ausgesperrten Buchbinder abgehandelt; von den Buchbindern sind 120 Personen an der Aussperrung beteiligt. Zugang nach Sofia ist fernzuhalten!

Soziales.

Märchen.

Mit einer verdächtigen Einmütigkeit kultiviert die Presse des Schnapshotels unter Anführung der großindustriellen Scharfmacher das Märchen von einer drückenden Last durch die Sozialversicherung. Durch Angabe einiger, oft unkontrollierbarer Zahlen und durch unheimliche Berechnungen, bei denen Steuern, Versicherungsbeiträge usw. auf das Aktienkapital und den Reingewinn bezogen werden, versucht man den Anschein zu erwecken, als stelle die Sozialpolitik die Existenzfähigkeit der Unternehmungen in Frage. Man ignoriert dabei eine wütende Hege gegen die Gewerkschaften, angeblich, weil diese durch die Lohnforderungen die Industrie direkt konkurrenzunfähig machen und daher eine Beschränkung der Gewerkschaftsmacht im Interesse der nationalen Industrie erforderlich sei. Da merkt man schon die Absicht der Hege. Doch mit den Notizen der Beutejäger wollen wir uns jetzt nicht beschäftigen; es soll nur wieder einmal nachgewiesen werden, daß sie mit den Klagen über soziale Lasten Märchen erzählen. Wir benutzen dazu die amtlichen Angaben über die Arbeiterversicherung im Jahre 1908, enthalten im statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich (1910). Nach den amtlichen Zahlen gewinnt man diese Aufstellung:

Versicherung	Zahl der Versicherten	Auszahlung der Unternehmer Markt	Aufwend. pr. Arbeiter im für d. Arbeits-tage	
			Markt	Pfennig
Kranken . . .	13 189 599	114 913 900	8,71	2,90
Invaliden . . .	15 226 000	92 311 200	6,05	2,03
Unfall überhaupt	23 674 000	181 598 000	7,67	2,58
Gewerblich allein	8 917 772	147 874 400	16,58	5,53
Landwirtschaft . .	17 179 000	89 877 900	2,32	0,77

Für alle drei Versicherungszweige haben die Unternehmer im Jahre 1908 demnach für 52 089 599 Versicherungsfälle 888 721 600 Markt aufwenden müssen. Das ergibt pro Fall 7,46 und pro Fall und Arbeitstag 2,49 Pfennige.

Untersuchen wir nun noch, wie groß die Leistung des gewerblichen Unternehmers ist, dessen Arbeiter allen drei Versicherungen angehören, und wie schwer die Landwirtschaft zu tragen hat. In diesem Zweck stellen wir die Beitragsleistung aus der Invalidenversicherung und der Unfallversicherung für die landwirtschaftlichen Betriebe zusammen. Es beträgt die Belastung des gewerblichen Unternehmers für jeden Versicherten:

	im Jahre	pro Arbeitstag
	Markt	Pfennig
Krankenversicherung	8,71	2,90
Invalidentätversicherung	6,05	2,03
Unfallversicherung	16,58	5,53
Insgesamt	31,34	10,46

Das macht kaum einen Pfennig pro Arbeitsstunde aus. Wie würde der Mann mit Recht geachtet werden, der sich darüber aufhält, daß er einen Betteleiger zu geben habe. Und die landwirtschaftlichen Unternehmer, diese Schöpfkinder des Glücks und der Regierung der gottgegebenen Abhängigkeit, haben erst recht keinen Grund, sich über eine schwere Belastung zu beklagen. Sie, denen der neue Sozialtarif ungezählte Millionen zuschanzt, haben sich bisher der Krankenversicherungspflicht für ihre Lohnsklaven ja noch fast vollständig entzogen, und die Beiträge, die sie zu der Unfallversicherung zu leisten haben, sind lächerlich gering. Unterstellt man, daß die Arbeiter eines landwirtschaftlichen Betriebes gegen Invalidität und Unfall versichert sind, dann ergibt sich für den Unternehmer folgende Last:

	im Jahre	pro Arbeitstag
	Markt	Pfennig
Invalidentätversicherung	6,05	2,03
Unfallversicherung	2,32	0,77
Zusammen:	8,37	2,79

Wegen solcher Last die Öffentlichkeit mit Klagen über bedrohte Existenzfähigkeit zu belästigen, dazu bedarf es schon der ungemessenen agrarischen und scharfmacherischen Unverschämtheit. Man spekuliert einfach darauf, daß die Remunerationen nicht auf ihre

wirkliche Bedeutung untersucht werden, und der Spießer sich durch ein paar große Zahlen verblüffen und für die Hege gegen die Sozialpolitik einfangen lasse. Dabei will man seine Aufmerksamkeit von den neuen Attentatsplänen des Schnapshotels ablenken, damit er sich ruhig neue Steuern und Schutzölle aufpäulen läßt. Es steckt viel Bosheit und Tücke hinter dem beschwerlichen Geschrei über die Sozialversicherung. Das großindustrielle Unternehmertum und die Agrarier bereiten sich auf neue Plünderzüge vor, daher ihr Rufen: Haltet den Dieb Sozialpolitik!

Bei unserer Betrachtung haben wir die Tatsache noch außer acht gelassen, daß auch die paar Pfennige, die als Last des Unternehmers für Sozialpolitik aufgeschrieben werden, in Wahrheit nichts weiter sind, als ein vom Lohn abgezogener Betrag. Auch die Ausgabe, die nominell für Invaliden- usw. Versicherung der Arbeitgeber trägt, fällt in Wahrheit, wie Sozialpolitiker aller Richtungen früher ehrlich zugaben, dem Arbeiter zur Last. Bei der Verbesserung des Armenunterstützungswesens, die in der durch das Drängen der Sozialdemokratie eingeführten Sozialversicherung liegt, hat die Unternehmungskasse es verstanden, dafür Sorge zu tragen, daß die Armenlasten von ihren Schultern auf die der Arbeiter abgewälzt sind. Das ist der Effekt des Klebsystems.

Kontraktbrüchige Ärzte zu Schadenersatz verurteilt.

Zwischen der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Remscheid und den bei dieser Kasse angestellt gewesenen Ärzten, die von 1898 bis 1905 für dieselbe tätig waren, ist dieser Tage durch das Oberlandesgericht in Düsseldorf ein Rechtsstreit entschieden, der schon im Jahre 1905 angestrengt wurde. Bei der Ortskrankenkasse Remscheid, die etwa 14000 Mitglieder zählt, bestand vor dem Jahre 1898 die Einrichtung der freien Arztwahl. Am 4. September 1898 gaben die Ärzte durch eine öffentliche Erklärung bekannt, daß sie die Tätigkeit für die Kasse einstellen müßten, weil sie sich vom Kassenvorstand „ungerecht behandelt“ glaubten. Daraufhin führte die Kasse das System der beamteten Ärzte ein. Dieses System bestand nur sieben Jahre, da die Kassenzurückzahlungen am 30. September 1905 auf Betreiben des Leipziger Verbandes vertragsbrüchig wurden und ihre Tätigkeit für die Kasse einstellen. Nun griff die Aufsichtsbehörde ein, und die Kasse wurde gezwungen, mit den Ärzten einen Vertrag auf der Grundlage der freien Arztwahl zum Schaden der Mitglieder und der Kasse abzuschließen. Der Kassenvorstand strengte gegen die kontraktbrüchigen Ärzte eine Schadenersatzklage in Höhe von 110000 M. an. Das Oberlandesgericht in Düsseldorf hat nun das Vorgehen der Kassenzurückzahlungen als Vertragsbruch bezeichnet und die Ärzte für Schadenersatzpflichtig erklärt. Die Höhe der Schadenersatzsumme soll durch das Obersefelder Landgericht endgültig festgesetzt werden.

Die lange Dauer des Prozesses — 4 1/2 Jahre — ist auffällig, vielleicht in etwas durch Ausflüchte erklärlich, die die von dem Leipziger Verband beeinflussten beklagten Ärzte erhoben. Als die Aufsichtsbehörde durchaus zu Unrecht gegen die Kasse eingriff, schrieben wir: „Das Vorgehen gegen die Remscheider Ortskrankenkasse ist geradezu typisch für die Terrorisierung, der sich vorzüglich geleitete Ortskrankenkassen unterwerfen müssen, weil Behörden sich verhalten lassen, den Einflüsterungen von Ärzten und politischen Gruppen nachzugeben, die sich zusammengehangen haben, um rechtswidrige Vermögensvorteile mit Hilfe der Behörden von Krankenkassen zu erhalten.“ Diese Ansicht ist inzwischen durch Urteile auch des Reichsgerichts und durch das jetzt gefällte vollinhaltlich bestätigt. Charakteristisch für die Skrupellosigkeit der Begeisterung gut geleiteter Kassen ist die Darstellung des Remscheider Falles in der im Verlag des Reichsverbandes erschienenen bisleibigen Broschüre: „Die Herrschaft der Sozialdemokratie.“ Der Autor reiht eine Anzahl längst widerlegter Behauptungen, die er für wahr zu halten scheint, weil sie von „amtlicher Stelle“ aufgestellt sind, aneinander, unterläßt aber fürsorglich, der Tatsache Raum zu geben, daß die „amtlichen“ Feststellungen späterhin „amtlich“, sogar gerichtlich, umgestoßen sind. Besonders erbst ist der Autor über unsere oben wiedergegebene Ansicht. Daß sie auf Tatsachen sich stützt und auch leider einige Ehrengerichtshofsurteile zutreffend charakterisiert, verschweigt natürlich die Reichsverbandsbroschüre. Von vielen „amtlichen Feststellungen“, die der Verfasser erwähnt, gilt in vollem Maße: „Der Lor bläst ein, der Weiße spricht!“ — Der Leipziger Verband behauptet, die „amtliche Stelle“ gibt der Behauptung nach. Man vergleiche die „Ehrengerichtsurteile“, die gegen Ärzte ergangen sind, weil sie eine versuchte Erpressung gegen Ortskrankenkassen mitzumachen ablehnten.

Letzte Nachrichten.

Ein gefährlicher Schuppenbrand

Am gestrigen Abend gegen 10 Uhr auf dem Grundstück Stall-schreiberstraße 56 zum Ausbruch. Als der Löschzug aus der Hauptfeuerwache in der Lindenstraße anrückte, stand auf dem Hofe ein einstöckiger Schuppen, der mit Papierborsten angefüllt war, schon in hellen Flammen. Durch die Hitze waren bereits mehrere Fenster Scheiben von Wohnungen im rechten Seitenflügel gesprungen, so daß die Situation bedrohlich aus-sah. Durch kräftiges Wassergeben gelang es jedoch, den Brand auf den Schuppen zu beschränken, der allerdings fast vollständig ein Raub der Flammen wurde.

Mord und Selbstmord.

Mainz, 28. Dezember. (W. L. V.) Der Wirtsohn Krämer erschoss seine Geliebte und beging dann einen Selbstmordversuch. Krämer wurde verhaftet.

Schneestürme in Süddeutschland.

Mannheim, 28. Dezember. (W. L. V.) Der Schneesturm, der gestern Abend einsetzte, verursachte in ganz Baden schwere Verkehrsstörungen. Das Telephonnetz ist zum größten Teile vollständig unterbrochen. In der Pfalz ist der gesamte Telephon- und Telegraphenverkehr lahmgelegt. Auf der Eisenbahnlinie Mannheim-Heidelberg, zwischen Freudenheim und Sodenheim, wurden etwa 60 Telegraphenstangen vom Winde umgerissen. In der Pfalz erlitten sämtliche Abend- und Nachtzüge mehrstündige Verspätungen. Der Verkehr auf den Strecken von Worms nach Speyer, Neustadt a. d. S.-Frankenthal ist vielfach unterbrochen. Besonders in Frankenthal hat der Schneesturm bedeutende Verheerungen angerichtet.

Großfeuer in einem französischen Militärmagazin.

Paris, 28. Dezember. (W. L. V.) In Compiegne brach heute vormittag in der Kaserne des 54. Infanterieregiments Feuer aus, das insbesondere die Uniformen- und Waffenmagazine einäscherte und 12000 Gewehre vernichtete.

Zwanzig Arbeiter verschüttet.

El Paso (Texas), 28. Dezember. (W. L. V.) Durch die Explosion eines Dynamitvorrats in der Grube einer Schmelzhütte, die der American Smelting and Refining Company gehört, wurden 20 Arbeiter verschüttet. Man befürchtet, daß viele von ihnen getötet sind.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Vierunddreißigster Tag.

In der gestrigen Sitzung wurde zunächst ein Vorgang erörtert, der in einer der früheren Sitzungen durch die Aussage der Schumannsfrau Kanne zur Belastung des Angeklagten Pilz vorgebracht worden ist.

Angeklagter Pilz

Der Zeuge, Schumann Lehmann, stellt den Vorgang so dar: Ein von ihm und anderen reitenden Schülern begleiteter Kohlenwagen sei von Arbeitern belästigt worden. In der Hofstraße sei ein Mann namens Vorowial von einem Fußknecht festgenommen worden, während der Zeuge und ein anderer reitender Schulleiter, Monze, das Publikum zurückhielten. Als der Sittlichkeitsrat Lohal vorübergeführt wurde, seien aus dem Lokal mehrere Leute und auch der Gastwirt in Hemdärmeln und blauer Schürze herausgetreten. Der Wirt habe sehr laut in die Hände gefasst und gerufen: „Holt die Frauen runter, schlagt sie tot“. Hierauf sei ein Steinbombardement gegen die Schulleute eröffnet worden. Dazu habe Pilz fortgesetzt gerufen: „Immer feste, feste“. Pilz habe einen Lärm gemacht, „nicht wie es Mode sei“. Der Zeuge sagt, er erkenne den Angeklagten Pilz mit Sicherheit wieder. Es sei der Mann, der in Hemdärmeln und Schürze vor dem Lokal stand und sich in der angegebenen Weise benahm. Vor diesem Vorgang hat der Zeuge weder Pilz noch dessen Lokal gekannt. Auf Fragen des Rechtsanwalts Liebknecht sagt der Zeuge, er habe die Aussage der Frau Kanne in der Zeitung gelesen und darauf zu seinem Kollegen Monze gesagt, das sei ja der Vorgang, an dem sie beide beteiligt waren. Daraufhin hätten sie sich als Zeugen gemeldet. — Schumann Lehmann stellt den Vorgang genau so dar wie der Zeuge Lehmann. Monze sagt außerdem, er könne sich in der Person des Angeklagten Pilz nicht irren, denn er kenne Pilz und dessen Lokal schon seit längerer Zeit. Er, der Zeuge, habe schon vor den Moabiter Vorgängen Nachpatrouillen durch die Hofstraße geritten. Bei solchen Gelegenheiten seien Gäste aus dem Pilzischen Lokal herausgetreten und hätten die Schulleute verhöhnt. — Rechtsanwaltschaft Lohal macht darauf aufmerksam, daß in den Akten des Verfahrens gegen Vorowial von dem hier durch die beiden Schulleute bekundeten Vorgang kein Wort enthalten sei. — Weiter wird von der Verteidigung darauf hingewiesen, daß die beiden Schulleute keine Anzeige gegen Pilz erstattet haben, obgleich er sich doch nach Angabe der beiden Schulleute einer strafbaren Handlung schuldig gemacht habe und die Person Pilz den beiden Schulleuten bekannt war. Es sei auffallend, daß die Schulleute den Vorgang erst jetzt zur Sprache bringen.

Der Angeklagte Pilz bestreitet auch jetzt wieder ebenso bestimmt wie früher, daß er sich in der angegebenen Weise vor seinem Lokal bemerkbar gemacht habe. Er sei bei derartigen Vorgängen nie auf die Straße getreten und habe auch die Streikenden gehindert, hinauszuweichen.

Eine Reihe von Zeugen werden hierauf über die Glaubwürdigkeit des Glasers Marunde vernommen.

Marunde hatte in einer früheren Sitzung angegeben, er sei am 27. September gegen Abend im Pilzischen Lokal gewesen und habe gesehen, daß dort Arbeitswillige bedroht worden seien, daß sich Pilz sich daran beteiligt und ihn (Marunde), als er für die Arbeitswilligen eintrat, mit Worten und mit einem Gummihüpfel bedroht habe. — Pilz hat diese Angaben mit großer Bestimmtheit als unwahr bezeichnet und gesagt, daß er Marunde noch nie gesehen habe.

Nach der Zeugenansage Marundes soll ein Gespräch, welches er auf dem Bau mit zwei Rohrlegern hatte, die Ursache gewesen sein, daß er am 27. nach Moabit ging und dabei in das Lokal von Pilz kam. — Diese beiden Rohrleger, Schmidt und Schwupp werden als Zeugen vernommen. Im wesentlichen bekunden sie folgendes: Bei der Unterhaltung auf dem Bau sei keine Rede davon gewesen, daß sie, die beiden Zeugen nach Moabit gehen wollten, um Schulleute niederzuschlagen. Sie hätten sich am 27. beide darüber unterhalten, daß der „Vorwärts“ über die Moabiter Vorgänge vieles nicht bringe, was in anderen Blättern siehe usw. In dies Gespräch habe sich Marunde gemischt, er habe sie

„rote Hunde“ geschimpft. Aber sie hätten nicht darauf reagiert, weil sie ihn nicht für ganz zurechnungsfähig

hätten. Zu einem Streit zwischen ihm und Marunde sei es erst am Sonnabend nach dem 27. September gekommen. Dieser Streit hatte aber nichts mit den Moabiter Vorgängen zu tun, sondern er drehte sich darum, daß Marunde jemanden angepöbelt und nicht bezahlt hatte. Im übrigen sagen die beiden Zeugen, Marunde erzählte solche Sachen, daß sie ihn für verrückt hielten. Unter anderem erzählte er, er habe 10 Schweine, eine große Kaninchenzucht, eine Antsche, in der seine Frau und Tochter ausfahren. Er erzählte ferner, er habe einen Baumstamm erlitten und zur Heilung desselben jahrelang Tag und Nacht im Wasserbad gelegen. Bei dem Unfall habe er einen Rippenbruch erlitten. Derselbe seien ihm

zwei goldene Rippen und ein Schulterblatt von Eisenblech eingelegt worden. Weiter habe Marunde erzählt, er sei sechs Jahre Schulleiter gewesen, er gehöre dem Vorstande des Tierärztereins an. — Nach durch eine Anzahl anderer Zeugen wurde das Charakterbild Marundes vervollständigt. Unter anderem wurde bekundet, daß Marunde drohte, einen Zimmermann, mit dem er Streit hatte, totzuschlagen, denn ihm könne ja nichts weiter passieren, als daß er ins Zerkenshaus komme. Auf dem Bau wurden in fünf neue Badewannen Lächer mit einem Glashammer geschlagen. Den Umständen nach kann nur Marunde als Täter in Frage kommen. Als dem Bauherrn von dieser Sache Mitteilung gemacht wurde, sagte er:

Was soll man mit Marunde machen? Der ist ja verrückt.

Auf dem Bau ließ sich Marunde seitdem nicht mehr sehen.

Glasernermeister Richter bezeichnet Marunde, der bei ihm gearbeitet hat, als einen Menschen, vor dem man sich in acht nehmen müsse. Er habe sehr viele Unwahrheiten gesagt. Er habe dem Zeugen versichert, er sei Kriminalbeamter und habe sich auch erboten, die Legitimationsmarke vorzuzeigen, die der Zeuge aber nicht sehen wollte. Wenn Marunde etwas gehört oder gelesen hatte, bildete er sich ein, es selbst erlebt zu haben und erzählte es in seinem Glauben daran als eigenes Erlebnis. — Der Schwager und die Schwester Marundes bezeichnen ihn ebenfalls als einen lägenhaften Menschen. Sie haben wegen seiner Lügenhaftigkeit den Verkehr mit ihm schon vor Jahren abgebrochen. — Rechtsanwaltschaft Liebknecht fragt die Schwester Marundes nach Straftaten, die Marunde früher begangen haben soll. Die Zeugin verweigert die Antwort auf diese Fragen. — Ein Zeuge Brigget gibt an, Marunde habe ihn der Wahrheit zuwider beschuldigt, seine (Marundes) Tochter vergewaltigt und ihn selbst mit einem Messer in den Rücken gestochen zu haben. — Glasernermeister Richter ist von einer Firma Weichstein telephonisch angefragt worden, ob er den Marunde beschäftigen könne. Kirchnam antwortete, der Firma müsse doch bekannt sein, daß er nur organisierte Arbeiter beschäftigen könne. Als er später selber die Firma Weichstein antelephonierte, stellte sich heraus, daß die Firma überhaupt nicht mit ihm gesprochen habe, sondern wahrscheinlich Marunde sich als Weichstein ausgegeben und mit ihm gesprochen haben müsse. — Marunde will am 27. und 29. September vor 8 Uhr abends bei Pilz gewesen sein. Er stand zu jener Zeit in Arbeit beim Glasernermeister Rosenk. Dieser sagt als Zeuge, an den beiden Tagen habe Marunde seinen vollen Tagelohn für die Zeit bis 6 Uhr abends gefordert und bekommen. Ob er trotzdem vor Feierabend nach Moabit gegangen ist, weiß der Zeuge nicht. — Andere Zeugen bekunden, daß am 27. zu der Zeit, wo Marunde bei Pilz gewesen sein will, kein Arbeitswilliger heringekracht worden sei und das, was Marunde über Belästigungen von Arbeitswilligen sagte, nicht zutreffen könne. — Ferner wurde bekundet, daß zu der Zeit, wo Marunde am 29. bei Pilz gewesen sein will, das Lokal auf polizeiliche Anordnung geschlossen war und daß Pilz zu der Zeit, wo ihn Marunde im Lokal gesehen haben will, an der Sitzung einer Gastwirtskommission in der Markgrafenstraße teilgenommen hat. — Schneidermeister Klöber gab an, Marunde habe ihm gesagt, daß er auf dem Polizeipräsidium vernommen, von dort in Begleitung eines Kriminalbeamten im Auto nach Moabit gefahren, vom Staatsanwalt vernommen und dann von dem Kriminalbeamten in einem Lokal traktiert worden sei. Nach seiner gerichtlichen Vernehmung habe Marunde gesagt, die Hauptsache sei, daß der Behälter des Glasernermeisters Rosenk nichts gegen ihn ausgesage. Die beiden Vertreter der Staatsanwaltschaft bemerkten hierzu, daß Marunde von ihnen gar nicht vernommen worden sei. — Marunde selbst erklärt alles, was die Zeugen über

in Aufregung versetzte. Im Jahre 1888 herrschte in ganz New York die größte Erregung und heftig gestikulierend sah man die Bürger beisammenstehen. Was war geschehen? Die „New York Sun“ hatte ein sensationelles Extrablatt verteilt, in dem mitgeteilt wurde, daß eine Flugmaschine „Victoria“ die Reise von Europa nach Amerika vollendet habe und nach 65stündiger Fahrt auf der Insel Sullivan in der Gegend von New York gelandet sei. Ein Pariser Sammler besitz noch ein Exemplar dieses Flugblattes. Das Blatt enthält eine minutiös ausgeführte Zeichnung jener Flugmaschine „Victoria“ und gibt genaue Maße aller Maschinenteile. Am interessantesten aber ist der prächtig gezeichnete Bericht über die Fahrt und die Schilderung der Persönlichkeiten, die das kleine Wagnis vollbracht hatten. Die Besatzung bestand aus dem berühmten englischen Jüngling Montblain, dessen Mitarbeiter der als Gründer der ersten Luftschiffahrtsgesellschaft bekannt gewordene Genon war. Das Tagebuch der Reise aber führte William Harrison Winsworth, ein damals sehr populärer Schriftsteller. In New York verlag man diese Nachrichten mit glänzendem Eifer, und in feberhafter Spannung harrete die ganze Stadt auf die Ankunft der kleinen Luftfahrer. Aber man harrete vergebens: niemand kam! Als dann ein einiame Reisender von der so prächtig berühmt gewordenen Insel New York passierte und natürlich von zahllosen Neugierigen mit Fragen bedrängt wurde, kam es an den Tag, daß auf der Insel Sullivan niemals ein derartiges Fahrzeug gelandet sei. Nun brach in New York ein einziger wilder Schrei der Entrüstung aus, man stürzte zur Redaktion der „New York Sun“, um die Geschäftsräume zu demolieren. Die Polizei mußte einschreiten und das Gebäude besetzen, um das Personal der Zeitung vor der Volkswut zu retten. Wie war das Ganze entstanden? Ein junger Schriftsteller, der seit kurzem engagiert war, um „interessante Chroniken“ zu schreiben, hatte sich das Ziel gesetzt, dem ewigen Drängen seiner Vorgesetzten Genüge zu tun: einmal wollte er ihnen etwas schreiben, was wirklich sensationell sei. Und er verfaßte jene prächtig gezeichnete Schilderung eines phantastischen Ozeanfluges, die in der Tat ihren Zweck erfüllte und ganz New York von der „Sun“ reden ließ. Der junge Journalist führte den Namen Edgar Allan Poe.

Kleines feuilleton.

Tolstois Weltflucht in neuem Lichte. Im Nachlaß Tolstois fand sich ein verlegener Brief mit der Aufschrift: „Tolstois von meiner Seite über diesen Brief nicht besondere Verfügungen getroffen werden, ist er nach meinem Tode meiner Gattin, der Gräfin Sofia Andrejewna, zu übergeben.“

Der Inhalt dieses Briefes ist jetzt bekannt geworden. Tolstois erklärt darin, daß ihn schon seit langem der Zwiespalt quäle, der zwischen seiner Lebensführung und seinen Überzeugungen bestehe. Er schreibt: „Ich konnte Euch nicht zwingen, Eure Lebensweise und Eure Gewohnheiten aufzugeben, denn ich habe sie veranlaßt. Ich konnte bisher auch nicht von Euch fortgehen, weil die Kinder mich brauchten, solange sie klein waren. Ich meinte, daß ich Euch betrüben würde. Aber ich kann nicht so fortfahren zu leben, wie ich in den letzten sechzehn Jahren gelebt habe. Ich kränke und verstimme Euch, und ich verfolge den Verlogenheiten des Wohllebens, an das ich mich gewöhnt habe. Ich kann das nicht mehr ertragen. Ich habe beschlossen, einen langgedogenen Wunsch auszuführen: ich gehe fort. Die Kinder sind erwachsen und sie leben ihr eigenes Leben. Ich aber bedarf der Ruhe und der Einsamkeit, das fühle ich mit jedem Jahre stärker. . . Jeder Greis hat das Bedürfnis, sich von der Welt zurückzuziehen und seine letzten Tage Gott zu weihen. Ich will mich mit meinem Gewissen ausöhnen und mein Leben mit meinen Lehren in Einklang bringen oder wenigstens grelle Dissonanzen vermeiden. Wenn ich offen fortginge, würde ich die leichtesten Witten oder meiner eigenen Schwäche erliegen. Ich will still meinen Frieden finden. Verzeiht mir; sucht mich nicht, verurteilt mich nicht. Laß mich gehen. Sonja, hindere mich nicht. Ich bin mit Dir nicht unzufrieden gewesen, ich gehe nicht deshalb. Du konntest nicht so empfinden, wie ich empfinde; ich mache Dir daraus keinen Vorwurf. Du kannst Dein Leben nicht ändern, und Du kannst nicht Dofler für Dinge bringen, die Du nicht erlernst. Ich gedenke der 35-Jahre uneres gemeinsamen Lebens mit Liebe und Dankbarkeit: Du gabst mir alles, was Du geben konntest. . . In den letzten fünfzehn Jahren haben sich aber unsere Wege getrennt, doch trifft hieran keinen von uns eine Schuld. Ich gedenke Deiner in Liebe. Lebwohl, teure Sonja. Dein Dich liebender New Tolstois.“

Der Brief ist vom 8. Juni 1897 datiert. Der Gedanke der Weltflucht hat also in Tolstois beinahe dreißig Jahre gelebt, doch hatte er ihn nicht zur Ausführung bringen können. Warum er das nicht konnte, ist noch nicht klargelegt worden. Seit einer Reihe von Jahren war ihm der Zwiespalt zwischen Wort und Tat oft in der schärfsten Weise zum Vorwurf gemacht worden. Unter dem Eindruck solcher Vorwürfe wird er wohl den Brief geschrieben haben.

Edgar Allan Poe als „Reporter“. Der mißglückte Versuch Bellmans, den Atlantischen Ozean auf dem Luftwege zu überqueren, ist nicht die einzige von der amerikanischen Presse geschilderte Ueberfliegung des Weltmeeres, die die Bürger der Vereinigten Staaten

„rote Hunde“ geschimpft. Aber sie hätten nicht darauf reagiert, weil sie ihn nicht für ganz zurechnungsfähig hielten. Zu einem Streit zwischen ihm und Marunde sei es erst am Sonnabend nach dem 27. September gekommen. Dieser Streit hatte aber nichts mit den Moabiter Vorgängen zu tun, sondern er drehte sich darum, daß Marunde jemanden angepöbelt und nicht bezahlt hatte. Im übrigen sagen die beiden Zeugen, Marunde erzählte solche Sachen, daß sie ihn für verrückt hielten. Unter anderem erzählte er, er habe 10 Schweine, eine große Kaninchenzucht, eine Antsche, in der seine Frau und Tochter ausfahren. Er erzählte ferner, er habe einen Baumstamm erlitten und zur Heilung desselben jahrelang Tag und Nacht im Wasserbad gelegen. Bei dem Unfall habe er einen Rippenbruch erlitten. Derselbe seien ihm zwei goldene Rippen und ein Schulterblatt von Eisenblech eingelegt worden. Weiter habe Marunde erzählt, er sei sechs Jahre Schulleiter gewesen, er gehöre dem Vorstande des Tierärztereins an. — Nach durch eine Anzahl anderer Zeugen wurde das Charakterbild Marundes vervollständigt. Unter anderem wurde bekundet, daß Marunde drohte, einen Zimmermann, mit dem er Streit hatte, totzuschlagen, denn ihm könne ja nichts weiter passieren, als daß er ins Zerkenshaus komme. Auf dem Bau wurden in fünf neue Badewannen Lächer mit einem Glashammer geschlagen. Den Umständen nach kann nur Marunde als Täter in Frage kommen. Als dem Bauherrn von dieser Sache Mitteilung gemacht wurde, sagte er: Was soll man mit Marunde machen? Der ist ja verrückt. Auf dem Bau ließ sich Marunde seitdem nicht mehr sehen. Glasernermeister Richter bezeichnet Marunde, der bei ihm gearbeitet hat, als einen Menschen, vor dem man sich in acht nehmen müsse. Er habe sehr viele Unwahrheiten gesagt. Er habe dem Zeugen versichert, er sei Kriminalbeamter und habe sich auch erboten, die Legitimationsmarke vorzuzeigen, die der Zeuge aber nicht sehen wollte. Wenn Marunde etwas gehört oder gelesen hatte, bildete er sich ein, es selbst erlebt zu haben und erzählte es in seinem Glauben daran als eigenes Erlebnis. — Der Schwager und die Schwester Marundes bezeichnen ihn ebenfalls als einen lägenhaften Menschen. Sie haben wegen seiner Lügenhaftigkeit den Verkehr mit ihm schon vor Jahren abgebrochen. — Rechtsanwaltschaft Liebknecht fragt die Schwester Marundes nach Straftaten, die Marunde früher begangen haben soll. Die Zeugin verweigert die Antwort auf diese Fragen. — Ein Zeuge Brigget gibt an, Marunde habe ihn der Wahrheit zuwider beschuldigt, seine (Marundes) Tochter vergewaltigt und ihn selbst mit einem Messer in den Rücken gestochen zu haben. — Glasernermeister Richter ist von einer Firma Weichstein telephonisch angefragt worden, ob er den Marunde beschäftigen könne. Kirchnam antwortete, der Firma müsse doch bekannt sein, daß er nur organisierte Arbeiter beschäftigen könne. Als er später selber die Firma Weichstein antelephonierte, stellte sich heraus, daß die Firma überhaupt nicht mit ihm gesprochen habe, sondern wahrscheinlich Marunde sich als Weichstein ausgegeben und mit ihm gesprochen haben müsse. — Marunde will am 27. und 29. September vor 8 Uhr abends bei Pilz gewesen sein. Er stand zu jener Zeit in Arbeit beim Glasernermeister Rosenk. Dieser sagt als Zeuge, an den beiden Tagen habe Marunde seinen vollen Tagelohn für die Zeit bis 6 Uhr abends gefordert und bekommen. Ob er trotzdem vor Feierabend nach Moabit gegangen ist, weiß der Zeuge nicht. — Andere Zeugen bekunden, daß am 27. zu der Zeit, wo Marunde bei Pilz gewesen sein will, kein Arbeitswilliger heringekracht worden sei und das, was Marunde über Belästigungen von Arbeitswilligen sagte, nicht zutreffen könne. — Ferner wurde bekundet, daß zu der Zeit, wo Marunde am 29. bei Pilz gewesen sein will, das Lokal auf polizeiliche Anordnung geschlossen war und daß Pilz zu der Zeit, wo ihn Marunde im Lokal gesehen haben will, an der Sitzung einer Gastwirtskommission in der Markgrafenstraße teilgenommen hat. — Schneidermeister Klöber gab an, Marunde habe ihm gesagt, daß er auf dem Polizeipräsidium vernommen, von dort in Begleitung eines Kriminalbeamten im Auto nach Moabit gefahren, vom Staatsanwalt vernommen und dann von dem Kriminalbeamten in einem Lokal traktiert worden sei. Nach seiner gerichtlichen Vernehmung habe Marunde gesagt, die Hauptsache sei, daß der Behälter des Glasernermeisters Rosenk nichts gegen ihn ausgesage. Die beiden Vertreter der Staatsanwaltschaft bemerkten hierzu, daß Marunde von ihnen gar nicht vernommen worden sei. — Marunde selbst erklärt alles, was die Zeugen über

Humor und Satire.

Reue Parole. Blücher: Sagen Sie mal, Majestät, haben Sie den wahren Glauben gehabt? Der alte Fritz: Mo? — non! und Sie, Blücher, sind Sie Abgänger gewesen? Blücher: Ja? — Reel! jessoffen hab' id! Der alte Fritz: Voila! nun wissen wir doch, weshalb wir beiden niemals was im Felde geleistet haben!

Englischer Wahlkampf. (Gespräch an der Londoner Börse.)

„Also was?“ Die Liberalen haben achtzehn Siege an die Unionisten verloren. „Wer hat gewonnen?“ Die Unionisten haben achtzehn Siege an die Liberalen verloren.“

seine Aufschneidererei und seine der Wahrheit widersprechenden Angaben gesagt haben, für unwahr. Er habe sich niemals als Kriminalbeamter ausgegeben, er habe nicht gesagt, daß Brigget seine Tochter vergewaltigt habe, er habe nicht von seiner Schwägerin und Kaninchenzucht gesprochen usw. Er habe auch nicht gesagt, daß er goldene Rippen habe. Aber zwei silberne Rippen habe er tatsächlich. An den Folgen seines Baumstammes — er sei vier Stagen hinuntergestürzt, sei er von 1893 bis 1898 im Krankenhaus zu Hamburg-Eppendorf behandelt worden. Die Zeugen, welche gegen ihn aussagten, seien alle von der Partei geladen. Der Zeuge Klöber habe zu ihm gesagt, es sei nicht schön, daß er (Marunde) sich in diese Sache hineingemischt habe, er solle sich in acht nehmen, daß er nicht schuldig die Nase voll kriegen. Ferner gibt Marunde an, in einem Schanklokal sei ihm die Verabfolgung von Bier von der Wirtin verweigert worden mit der Begründung, die Parteigenossen hätten gesagt, sie würden in dem Lokal nicht mehr verkehren, wenn Marunde dort bewirtet werde. Ebenso sei es ihm bei einem Barbier gegangen. Auf dem Bau, wo er arbeite, seien die Maurer auf ihn aufmerksam gemacht worden. Auf Schritt und Tritt werde er verfolgt. Auf Fragen gibt Marunde noch an, er könne nicht behaupten, daß er am Dienstag (27.) und Donnerstag (29.) bei Pilz gewesen sei. Es könne auch Montag und Mittwoch gewesen sein.

Es wird die Frage aufgeworfen, ob die weiteren zur Prüfung der Glaubwürdigkeit Marundes vorhandenen Zeugen noch vernommen werden sollen. Der Erste Staatsanwalt erklärt, er lege seinen Wert mehr auf die Angaben Marundes. — Rechtsanwalt Liebknecht: Wir wissen aber nicht, wie das Gericht darüber denkt. — Vors.: Das können wir im jetzigen Stadium der Verhandlung nicht sagen, aber ich denke, wir haben oft genug gezeigt, wie wir zu solchen Aussagen stehen. Auf die Vernehmung der weiteren Zeugen zu diesem Punkt wird verzichtet.

Die Beweisaufnahme wendet sich hierauf einem Falle zu, der schon früher erörtert worden ist. Es handelt sich um die

Angaben des Zeugen Trebor,

der von seiner Wohnung aus gesehen hat, wie ein Mann von Schulleuten niedergeschlagen wurde, sich aufraffte, an der Türe eines Ladens mit dem Kopf gegen die Jalousie fiel, hier nochmals von Schulleuten geschlagen wurde und dann fortlief. Der Vorgang hat sich am 28. September in der Vredowstraße abgespielt.

Polizeileutnant Schirmer, der dort eine Abteilung von Schulleuten kommandierte, wird zu dieser Angelegenheit vernommen. Nach seiner Angabe gingen in der Turnstraße die Schulleute von zwei Seiten gegen eine Menschenmenge vor, die in die Vredowstraße gedrängt werden sollte. Die eine Abteilung wurde vom Wachtmeister Turrow, die andere vom Leutnant Schirmer geführt. Die Vredowstraße zwischen der Turn- und der Vuggenhagenstraße war „geäubert“. Da kam — so sagt Polizeileutnant Schirmer — ein einzelner Mann von der Vuggenhagenstraße auf mich zu. Ich habe mit dem Säbel nach ihm geschlagen, ich wollte ihn treffen, ob ich ihn getroffen habe, weiß ich nicht. Der Mann fiel über die Bordsteine. Ob er nachdem noch geschlagen worden ist, weiß ich nicht, darüber muß Wachtmeister Turrow Auskunft geben können. — Rechtsanw. Rosenfeld sucht durch eingehende Befragung des Polizeileutnants Schirmer festzustellen,

warum er den einzelnen Mann schlug.

Der Zeuge gibt nacheinander verschiedene Antworten. Zuerst sagt er: Ich habe die Straße räumen lassen, weil aus der Menge geschossen und auf uns geworfen wurde. Darum habe ich den Mann geschlagen. Dazu hatte ich ein Recht, weil die Autorität angegriffen war. Ich wollte die Straße gründlich säubern. Kurz darauf gibt der Zeuge als Grund des Schlagens an, er habe doch nicht wissen können, wer noch hinter dem Mann gewesen sei. — Schließlich antwortet der Zeuge auf eine weitere Frage: Weil der Mann fortlief, nahm ich an, daß er etwas Strafbares getan haben müsse, denn er kam von der Vuggenhagenstraße her, wo sich eine Gesellschaft angeammelt hatte. Er kam aus der Richtung, der muß also in der Menge gewesen sein. — Rechtsanw. Rosenfeld: Das genügt Ihnen also, um den Mann zu schlagen? — Zeuge: Ja. — Erster Staatsanwalt: Sie nahmen wohl an, daß der Mann flüchtete? — Zeuge: Jawohl.

Zeuge Trebor wiederholt die wesentlichsten Momente seiner früheren Aussage. Der betreffende Mann ist danach zuerst zweimal von Schulleuten mit Säbeln geschlagen worden, er ist dann in der Richtung auf Leutnant Schirmer fortgelaufen. Daß er von

„Ich will doch wissen, wer gewonnen hat!“ Die Arbeiter haben vier Siege an die Nationalisten verloren. Und die Nationalisten wiederum vier Siege an die Arbeiter.“ Ja, Goddam, wer hat denn nun eigentlich gewonnen? „Wer gewonnen hat? Das will ich Ihnen sagen: Ich! Und zwar sehr viel. Ich habe nämlich tausend Pfund verdient, daß bei dem ganzen Wahlschacher gar nichts herauskommen wird.“ (Lustige Blätter.)

Notizen.

Theaterchronik. Das Deutsche Theater veranstaltet noch zwei weitere Vorstellungen von „König Oedipus“ im Firkus Schumann (am 6. und 13. Januar). Vorverkauf bei H. Wertheim vom 2. Januar an.

Vorträge. In der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur spricht am Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Bürgeraal des Berliner Rathauses Prof. W. Foerster über: „Die Tagesgeschichte als Kulturfeind“.

Im Marionettentheater Münchener Künstler (Ausstellungshallen am Zoo) werden bis zum 31. nachmittags, je zwei Ainderdorstellungen veranstaltet, um 4 und um 8 Uhr, wobei Kinder auf allen Plätzen nur die Hälfte bezahlen. Am Sonntag verabschiedet sich das Theater.

Die Deutsche Theaterausstellung am Zoo hält nur noch diese Woche ihre Pforten geöffnet. Am Neujahrstage findet nochmals ein Vorkongress bei ermäßigtem Entree statt.

Raphael Löwenfeld, der Gründer und Leiter des Schiller-Theaters, ist am Mittwochmorgen in Charlottenburg, nicht ganz 57 Jahre alt, gestorben. Er hatte als Journalist und Uebersetzer aus den slavischen Sprachen begonnen. Besonders Tolstois half er den Deutschen erschließen. Seine Gespräche mit und über Tolstois und die von ihm verfaßte Tolstois-Biographie gaben uns zuerst tiefere Einblicke in Tolstois Leben und Schaffen. Löwenfeld leitete auch die deutsche Gesamtausgabe von Tolstois Schriften. Seine besondere Bedeutung für Berlin und die Popularisierung dramatischer Kunst gab Löwenfeld die 1894 erfolgte Begründung des Schiller-Theaters. Diese seine Wirksamkeit, die sich 1907 auf das Charlottenburger Schiller-Theater ausdehnte, und seine weitergehenden Pläne der Volksbildung und Volkserhaltung verdienen, morgen eingehender betrachtet zu werden.

Das eigene Haus der Wiener Urania ist nun fertig und wird schon fleißig benutzt. Das Gebäude steht am Zusammenfluß der Wien mit dem Donaukanal, inmitten der Kleinstadt. Es hat zwei Säle, die 300 und 600 Personen fassen, außerdem einen Lehr- und einen sehr viel bemagten Mikroskopsaal. Der Stolz der Urania aber sind die astronomischen Anstalten des Hauses: das Meridianhäuschen mit der Zeitbestimmung und Zentralubrennanlage und die dreifache Sternwartekuppel mit dem achtzähligen Zeit-Refraktor. Der Bildungsanstalt der Wiener Arbeiterschule hat mit der Urania ein Abkommen getroffen, das allen Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern bedeutende Erleichterungen des Besuchs gewährt.

Wesem nochmals geschlagen wurde, hat der Zeuge von seinem Standpunkt aus nicht leben können.

Polizeiwachtmeister Thurot sagt, er habe an einem Hausen von Steinen und Erde, der aus Anlass von Kanalarbeiten auf der Straße lag, 15 bis 20 Menschen stehen sehen, die er vertrieben habe. Einen Mann, der einen Stein aufgehoben hatte, habe er geschlagen. Dabei sei dem Mann der Stein aus der Hand gefallen. Der Mann sei dann auf den Bürgersteig gelaufen, an eine Ladentreppe gefallen, aber dort nicht mehr geschlagen worden, er sei dann nach dem Kommando des Leutnants Schwirmer gelaufen. Dort sei nach ihm gehalten worden, doch wisse der Zeuge nicht, ob der Mann getroffen wurde.

Frau Schwind hat den hier in Rede stehenden Vorgang ebenfalls mitangelesen. Sie sagt, als einige Leute um die Ecke kamen, wurden sie von den Schaulustigen

folglich mit Säbeln geschlagen.

Dann schlug ihn auch noch der Leutnant und nachher wurde er nochmal von Schaulustigen geschlagen. Ein Säbelhieb traf das Strahlenpfeifer, so daß das Feuer aus den Steinen spritzte.

Auf die Vernehmung weiterer Zeugen zu diesem Vorfall wird alleinstündig verzichtet. — Damit schließt die Sitzung. Die Verhandlung wird heute um 9 1/2 Uhr fortgesetzt.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frau im Mittelalter.

Die „Frauenfrage“ gilt vielfach noch als eine Erscheinung der modernen und modernsten Zeit. Auch als Frauenerwerbsfrage. Noch immer gibt es Unverständige, die versuchen, dieses „Uebel“ aus der Welt zu schaffen, und sie machen mobil, als gelte es einen Kampf mit einer Handvoll emanzipierter Frauen. In „allerhöchsten“ Kreisen glaubt man sogar, dieses Uebel ließe sich beseitigen durch Mahnung zur Rückkehr, und verweisen auf das stille Glück der Hauslichkeit in der „guten alten Zeit“.

Sehen wir uns das „verlorenen“ Glück der großen Masse der Frauen einmal näher an. Einen Einblick in diese „gute alte Zeit“ gewährt die vor einiger Zeit in erneuter Auflage erschienene Schrift von Prof. Bücher „Die Frauenfrage im Mittelalter“. Die Situation der Frau beleuchtet der Verfasser, dessen volkswirtschaftliche Ansichten wir ablehnen, durch folgende Illustration:

„Nach zahlreichen statistischen Ermittlungen, welche die Jahre 1354—1510 umfassen, machten in diesem Zeitraum die Frauen den sechsten bis den vierten Teil aller Steuerpflichtigen aus. Bedenkt man, daß es sich bei diesem Verhältnis größtenteils um alleinlebende, selbständige Frauen handelt, daß die zahlreichen Nonnen, Pfandnerinnen und Begghinen meist nicht mitgerechnet sind und daß Frauen auch im Mittelalter viel schwerer zur Selbständigkeit gelangten als die Männer, so erhält man eine Ahnung davon, wie schneidend das Mißverhältnis in der Zahl beider Geschlechter im bürgerlichen Leben der Städte hervorgetreten sein muß.“

Aus drei der bedeutendsten mittelalterlichen Städte liegen die Zählungen vor, wonach ein bedeutender Ueberschuß der erwachsenen weiblichen Bevölkerung über die gleichalterige männliche zu konstatieren ist. Am Ende des Jahres 1449 ergab eine Zählung in

Kürnberg auf 1000 erwachsene männliche Personen 1168 weibliche. Auch unter den Aechten, Handwerksgehilfen und Knechten überwog das weibliche Geschlecht. Mit der bürgerlichen Bevölkerung zusammen kamen auf 1000 männliche Personen 1207 weibliche. In Basel kamen im Jahre 1454 auf 1000 männliche Personen über 14 Jahre 1248 weibliche Personen gleichen Alters. Eine Feststellung in Frankfurt a. M. im Jahre 1385 ergab auf 1000 Männer rund 1100 Frauen, doch soll der Ueberschuß, wie aus Steuerlisten usw. ersichtlich, höher gewesen sein. Für den Frauenüberschuß jener Zeit werden drei Gründe angegeben: 1. die zahlreichen Bedrohungen, welchen das männliche Leben in den mittelalterlichen Städten infolge der fortwährenden Kriege, der blutigen Bürgerkriege und der gefährlichen Handelsreisen ausgesetzt war; 2. die größere Sterblichkeit der Männer bei den oft sich wiederholenden pestartigen Krankheiten (es soll regelmäßig nach Pestjahren in den Steuerlisten eine größere Frauenzahl ausfallen); 3. die Unmöglichkeit der Männer in jeder Art von Genuß.

Bedeutend beeinflusst wird die Zahl der alleinlebenden Frauen zu jener Zeit durch das Zölibat der Geistlichen und der unterhänigmäßig großen Zahl der zölibitären in geistlichen Klementen und Diensten stehenden männlichen Personen. In Frankfurt a. M. werden für das 14. und 15. Jahrhundert bei einer Einwohnerzahl von 8000—10000 Personen auf den geistlichen Stand 200—250 Personen berechnet. Für Lübeck in derselben Zeit 250—300 Weltgeistliche und Klosterbrüder. In dem kleinen Gemeinwesen von Bismar wird um das Jahr 1453 die Zahl der Weltgeistlichen auf 150, in Kürnberg um 1449 der geistliche Stand mit Dienerschaft auf 448 angegeben.

Trotz einer anscheinend in der Natur der Sache liegenden Ausschließung der Frauen wenigstens vom zünftigen Gewerbebetrieb waren das ganze Mittelalter hindurch die Frauen vielfach im Gewerbe tätig — ein Beweis, sagt Bücher, daß deren Beschäftigung durch die tatsächlichen Verhältnisse sich als notwendig aufdrängte. Frauennarbeit finden wir in einer Reihe von Berufsarten, von denen sie gegenwärtig ausgeschlossen ist. Aus Frankfurter Urkunden von 1320—1500 ergaben sich rund 200 Berufsarten mit Frauennarbeit. Die Verfertigung von Schürzen und Bändern, Hüllen und Schleiern, Knöpfen und Quasten ist ganz in den Händen der Frauen. Sie sind beteiligt an der Schneiderei, Kürschnerei, Handschuh- und Hutmacherei, sie verfertigenbeutel und Taschen, lederne Brustflecke und Sporelleder und anderes mehr. Ihre Tätigkeit reicht bis in die kleine Holz- und Metallindustrie: Nadeln und Schnallen, Ringe und Goldbraut, Besen und Bürsten, Matten und Körbe, Rosenkränze und Holzschiffeln gehen aus Frauenhänden hervor. Die Feinweberei liegt vielfach den Frauen ob, ebenso fast ausschließlich die Bierbrauerei und die Herstellung von Kerzen und Seife. Sie überwiegen im Kleinhandel, im Hosenweber und Trüdelgeschäft, und an dem sehr entwickelten Handel mit Käse und Heu sind sie stark beteiligt.

Die Frauen sind als Lohnarbeiterinnen wie auch als selbständige Meisterinnen tätig. Neben Frauen und Töchtern helfen auch die Mägde beim Handwerk des Meisters; die Meisterwitwe führt selbständig das Geschäft ihres Mannes weiter. Auch in der Weberei gibt es weibliche Lohnarbeiterinnen und weibliche Meister. Ebenso zum Teil bei der Leinwandweberei. In Köln bestand eine eigene Kunst von Garnmacherinnen. Es wird sogar von Gewerben berichtet mit zünftiger Ordnung, die ausschließlich aus Frauen

bestanden. Auch im städtischen Dienst wurden Frauen beschäftigt als Hebammen und Krankenpflegerinnen, als Schlaghüterinnen, Pförtnerinnen, Turmwächterinnen, Hölnerinnen und beim Hüten des Viehs. Sogar beim Rindschäfterdienst hat man Frauen angestellt.

Ein großer Teil Frauen aus den vornehmen Gesellschaftskreisen fanden Aufnahme in Klöstern und ähnlichen Stiftungen. Die im Mittelalter alles beherrschende Kirche war die oberste Instanz aller Klöster und Frauenhäuser. In dem Maße wie der Reichtum durch Stiftungen und durch hohe Einkaufsgelder der nicht unter die Haube gebrachten Töchter aus der besitzenden Klasse in den Frauenhäusern wuchs, nahmen Wohlleben, eitle Lust und Müßiggang zu. Unter der klösterlichen und kirchlichen Bewandung, die ihnen äußerlich den Stempel der Frömmigkeit und Heiligkeit verlieh, verbarg sich Heuchelei und Sittentartung.

Daß die Klöster und Frauenhäuser lange nicht dem Bedürfnis einer notwendigen Versorgung der überschüssigen Frauen entsprachen, ersehen wir aus der sehr großen Zahl der sich ständig vom Bettel ernährenden und auf der Landstraße liegenden Frauen. Aus einem Teil dieser fahrenden Frauen rekrutierte sich die Prostitution.

Man kann noch allem nicht behaupten, daß das Mittelalter seine „Frauenfrage“ gelöst hätte. Unter der Vormundschaft und Herrschaft der Kirche, wo Lüge und Heuchelei die geduldeten Begleiterscheinungen frömmsten äußeren Kirchendienstes waren, konnte sie auch kaum anders gelöst werden. Die Frau als Dienerin der Kirche und des Mannes vor alleinlebend schutzlos und hilflos in einer gewalttätigen Gesellschaft.

Kaiserliche Marktbericht der kaiserlichen Marktbehörden über den Großhandel in den Zentral-Marktblasen. Markttag: Freitag. Zufuhr reichlich, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise fast unverändert. Geflügel: Zufuhr ohne Belang, Geschäft still, Preise behauptet. Fische: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise leicht anziehend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft still, Preise fast unverändert.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 27. 12.		am 28. 12.		Wasserstand	am 27. 12.		am 28. 12.	
	am	fest	am	fest		am	fest	am	fest
Remel, Mühl	422	+27	422	+27	Saale, Großh.	180	+20	180	+20
Bregal, Ankerberg	154	+6	154	+6	Saale, Spandau	106	0	106	0
Wesche, Böhm	—	—	—	—	Saale, Spandau	124	+1	124	+1
Oder, Ratibor	220	-23	220	-23	Spre, Spremberg	173	+12	173	+12
„ „ „ „	222	+7	222	+7	„ „ „ „	154	0	154	0
„ „ „ „	224	+11	224	+11	„ „ „ „	82	-5	82	-5
„ „ „ „	80	+6	80	+6	„ „ „ „	172	+6	172	+6
„ „ „ „	60	0	60	0	„ „ „ „	482	+12	482	+12
„ „ „ „	48	+9	48	+9	„ „ „ „	324	+4	324	+4
„ „ „ „	173	+31	173	+31	„ „ „ „	419	-8	419	-8
„ „ „ „	58	+28	58	+28	„ „ „ „	167	+4	167	+4
„ „ „ „	348	+4	348	+4	„ „ „ „	250	+18	250	+18
„ „ „ „	290	+8	290	+8	„ „ „ „	—	—	—	—

+) + bedeutet Hoch, — Niedr. — *) Unterbeug.

Unserem Obmann, dem Kollegen 24205
Gustav Hoffmann und Frau
die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.
Die Distriktskommission VII des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Unserem Genossen
Gustav Hoffmann nebst Frau
zu ihrer silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Die Arbeiter d. Firma Deinhard & Co.
R. Hufschach 24205

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unter langjähriges Mitglied, der Wähler
Gustav Weiß
Mältonstraße 33 (13. Bezirk)
am 25. Dezember plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Nachruf.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Willi Vogel
Welfestraße 51 (21. Bezirk)
am 23. Dezember verstorben und am 27. Dezember zur letzten Ruhe beigesetzt wurde.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Den Genossen zur Nachricht, daß der Parteigenosse
Robert Gutsche
am 25. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am 29. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 24042
Bezirk 402. I. des vierten Kreises.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlichter
Hermann Wagner
am 23. d. Mts. an Gehirnschwund gestorben ist.
Ferner stand unser Mitglied, der Schlichter
Hermann Brümmer
am 24. d. Mts. an Knochen-tuberkulose.

Toden-Anzeige.
Ferner stand unser Mitglied, der Arbeiter
Daniel Sucker
am 27. d. Mts. an Krebsleiden.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes in der Rudower Straße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Ehre ihrem Andenken!
131/13 Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin.
Durch den Tod ist mit einer unserer Mitkämpfer, der Kollege
Karl Giese
von der Sektion der Berliner Strahrentüchter entfallen worden. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am 31. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Ch.-Städtchens in Köpenick (Wriezener Bahn) aus statt.
235/9 Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz.
10—2, 5—7, Sonntags 10—12—2

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bodenleger
Berthold Muß
am 26. Dezember verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Parochial-Kirchhofes in Hummelburg, Dönhagenstraße, aus statt.
95/12 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Groß- und Schwiegervater, der Schmied
Daniel Suckert
im 70. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Rixdorfer Friedhof in Rixd., Rudowerstraße, statt. 24205

Am 27. d. M. verschied nach langem schweren Leiden meine liebe Frau und gute Mutter, Tochter, Schwägerin u. Schwägerin,
Frau Gertrud Schulz
(Friedenstr. 68.)
Dies zeigen fleißigst an
Willi Schulz nebst Tochter, Gustav Adler nebst Frau.
Die Beerdigung findet am 30. Dezember, nachm. 3 1/2 Uhr, auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt. 24053

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders sagen wir allen Freunden und Bekannten, sowie seinen Kollegen und dem 19. Bezirk des Wahlvereins Rixdorf unseren besten Dank.
Familie Wilhelm Stabenow.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Berlin).
Nachruf.
Am 25. Dezember verstarb unser Mitglied
August Krause.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters sagen allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere der Firma Meyer u. Co., sowie den Kollegen und dem Metallarbeiterverband unseren herzlichsten Dank.
24246 **Marie Vilain u. Tochter.**
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sage allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Genossen des 4. Reichstagswahlbezirks, des 208. Wahlbezirks, dem Deutschen Holzarbeiterverband, den Ehe- und den Kollegen der Firma Baummann und Hoffmann herzlichen Dank.
Marie Opitz nebst Söhnen.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise großer Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Bruders und Freundes
Willi Vogel
sagen allen Beteiligten, insbesondere dem Gelangverein, Solidariät, Wahlverein Rixdorf, Arbeiter-Rabfahrer- und „Freiheit“, Rabfahrer- und Sturmregiment, den Verbands- und Kollegen von Rudolf Roffe, sowie für die schönen Worte des Genossen Preuß den herzlichsten Dank.
Max Vogel, Otto Steinke.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters
Fritz Scheitner
sage allen, insbesondere dem Zentralverband der Löhler, dem Wahlverein Rixdorf, den Kollegen der Firma Dornbusch und der Firma Koblitz u. Starck, meinen herzlichsten Dank.
Witwe Scheitner nebst Sohn.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Freitag, den 30. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der deutsche Geimarbeitertag in Berlin. 2. Wahl eines Delegierten. 3. Verschiedenes.
In Hinblick der Wichtigkeit der Frage ist starker Besuch, namentlich seitens der Geimarbeiter, gebeten.
187/17* Die Ortsverwaltung.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, 6612*
jetzt Oranienstr. 139, gegenüber Kommandantenstraße
10—2, 5—7, Sonntags 10—12.

Germania-Prachtsäle
Carl Richter,
N., Chausseestraße 110.
Orte sowie jeden Donnerstag:
Gr. Militär-Streich-Konzert.
Musikkorps der Garde-Füsiliers, Obermusikant H. Hippel.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem: Familienkränzen, Vorzugskarten gelten.

20 Säle und Vereinszimmer
mit modernen Bühnen, in allen Größen sowie 8 neu renovierte Kegelbahnen an Wochentagen (auch einige Sonnabende und Sonntage) noch frei.
Sophien-Säle Pracht-Säle Alt-Berlin
C. 54, Sophienstr. 17-18 Blumenstr. 10
Tel. III 3783 Tel. VII 3095
Inhaber: **Paul Baatz.**

Warnung!
Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit Nachahmungen meines Kapitän-Kautabaks in Umlauf.
Der **Kapitän-Kautabak** ist nur echt mit Zestoleinlage und Etikette mit der Aufschrift:
Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak
(ges. geschützt 75 658).
Meine werte Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabak ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, damit ich dagegen einschreiten kann.
Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27,
Grüner Weg 112. (VII. 3861.)

Josef VERA FEINSTE 3 Pfg. CIGARETTE

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 29. Dezember:
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. *Alba.*
Königl. Schauspielhaus. *Die Journa-
listin.*
Neues Königl. Oper-Theater.
Geflohen.
Deutsches. *Ein Sommernachts-
traum.*
Kammerspiele. *Ugolino
und Seltsam.* (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. *Die Hofen
des Herrn v. Fredow.*
Neues Operetten. *Die schöne
Nichte.*
Romische Oper. *Das vergessene Jd.
Veritür.* Der Tausch.
Leitung. *Anatol.*
Wesien. *Das Puppenmüdel.*
Kleines. *Verstiegen Brauenglimmer.*
1. Klasse.
Neues. *Der G. m. b. H.-Tenor.*
Trionon. *Der heilige Gain.*
Rudens. *Familie Bolero.*
Thalia. *Volnische Wirklich.*
Schiller O. *Wolner - Deutscher*
Jufarenleber.
Schaer Charlottenburg. *Die Fee
Caprice.*
Friedrich - Wilhelmstädtisches.
Cyrano von Bergerac.
Enkivilhaus. *Der Heldherrn-
hügel.*
Zuilen. *Mudikes Reise n. Indien.*
Wobernes. *Der Doppelmenich.*
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wale. *Der Kofferjäger.*
Herrnsfeld. *Eine verlorene Nacht.
Der Derby-Sieger.*
Silvester. *Rigoletto.* (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Folies Caprice. *Der Heldmüdel-
hügel.* (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. *Gurra - Wir leben
noch!*
Rafino. *Kulle Wippen.*
W. u. S. *Spezialitäten.*
Wolgt. *Marlante, ein Weib aus
dem Volke.*
W. u. S. *Spezialitäten.*
Reichshallen. *Stettiner Sänger.*
Wintergarten. *Spezialitäten.*
Sandfouci. *Wie werde ich reich?
Spezialitäten.* (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Walhalla. *Bravo! Decapoi!* (An-
fang 8 1/2 Uhr.)
Kari Oberland. *Spezialitäten.*
Urania. *Taubenstraße 48/49.*
Abends 8 Uhr: Von San Remo
nach Florenz.
Rafino. *4 Uhr: Der Vierwald-
stätter See und der Gotthard.*
Sternwarte. *Spezialitäten.* 57-62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
**Der Vierwaldstätter See
und der Gotthard.**
Abends 8 Uhr:
Von San Remo nach Florenz.
Kaiser-Panorama.
Neu! Reise ins Pharaonen-
land von Triest nach Kalro.
II. Wanderungen u. Klettereien
in der sächsischen Schweiz.
Berliner Volksoper
Brüde-Milancestraße 7/8. — 1/2 9 Uhr:
Rigoletto.

ROSE-THEATER
Königsplatz 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Der Kaiserjäger.
Komödie in 3 Akten von Drenner
und Schmidt.
Freitag: *Der Müller und sein Kind.*
Metropol-Theater.
Gurra!
Wir leben noch!
Große Ausstattungsrevue in 7 Bildern
v. J. Freund. Musik v. G. Holländer.
Im Saal geleitet von Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr — Randen gestattet.

WINTERGARTEN
Letzte Woche.
Liane d'Eve
Excentrique française
in ihrem Transformationsakt:
Vor und hinter den Kulissen
Mlle. Denabers
Luftballonfahrt
über den Köpfen des Publikums,
und eine Auslose der
anerkanntesten Kunstkräfte
dreier Weltteile.
Zur **Silvestervorstellung**
sind bereits jetzt Billets an der
Tagesskassa **ohne** Vorverkaufs-
kassa gebühren z. hab.

Herrnsfeld
Theater
Eine verlorene Nacht.
Der Derby-Sieger.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 31. Dezember 1910
Große Silvester-Vorstellung
von 8 Uhr abends bis 4 Uhr früh:
Eine verlorene Nacht. Derby-Sieger.
Original Klavier-Partie.
Fest-Prölog. Fanfaren-Gruß.
9 Uhr früh: Silvester-Kabarett.
Billets hierfür sind schon zu haben.

Passage-Theater.
Abends 8—11 Uhr:
Hedi Herdins
Normann French
und das große
Festprogramm!

Passage-Panoptikum.
Während der Weihnachtsferien
v. 18. Dezember bis 1. Januar
Volksstage. Jedermann 1 Kind
trägt 1 Kind erh. ein Geschenk.
**Der brennaisische
Riese!**
Dusoro
D. größte Mensch, d. je gelobt.
110 mm größer als Machow.
Alles ohne Extra-Entree!

Königsstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Täglich: **Wenn die gold'ne
Weihnacht naht!** Festspiel
mit Gesang, sowie Oper-Spezialität:
Jan Kossel, Diabolo-Spieler,
Les two Clairs, Gymnastiker usw.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 9 1/2 Uhr.
Freitag 8 1/2 Uhr.

Trionon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der heilige Gain.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Husarenleber.
Auffpiel in 4 Akten v. Gustav Radelsburg
u. Richard Skowronel. Ende 10 1/2 U.
Freitag, abends 8 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Husarenleber.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Fee Caprice.
Auffpiel in 3 Akten v. D. Blumenthal.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Der Himmel auf Erden.

Silvester-Ball
in den
LICHT-SPIELEN
Mozart-Saal — Nollendorfsplatz.
Komische Vorträge. Oedipus
und andere Zirkusscherze.
Heute keine Schülervorstellung. Beginn der Abendvorstellung 6 Uhr.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Sonntag, den 31. Dezember 1910:
Größte Silvesterfeier Berlins!
Der berühmteste Festweiz
Schorsch Ehrengrubers
aus München mit seiner Truppe (60 Personen).
Fest-Dekoration! Bock-Jubel und Trubel! Auf der Alm!
Berlin auf der Höhe 1911. — Im höchsten Himmel!
Im Saal II: **Nikodemus Notenkopf** mit großem Ballorchester.
Anfang 8 Uhr. Entree für sämtliche Räume 60 Pf.

Café Colosseum
Beuthstr. 1-3, Ecke Kommandantenstraße.
**Elegantestes, größtes
Café der Welt.**
Täglich Kurz-Konzerte
sowie vom 1. Januar ab
Doppel-Konzerte.
Premiere Babary Joska aus Budapest.

Sport-Palast
Entree 1 M. Potsdamer Straße 70-72a Entree 1 M.
Größter Eispalast der Welt
Vom 25. Dezember bis 5. Januar:
Feerie: „Weihnachten am Nordpol“.
Ständig 3 Künstlerkapellen.
— Außergewöhnliche Lichteffekte. — 200 Eislauferkünstler. —
Unterricht im Eislauf. Täglich von 11—1 Uhr vormittags: KONZERT.
Jeden Sonntag 4 Uhr: **Nachmittags-Vorstellung.**

Große Silvester-Feier
der
Großen Rheinischen Karnevals-Gesellschaft.
„Ein Fest im Reiche des Prinzen Karneval.“
Plätze M. 4.—. Reserviert M. 6.—.
Donnerstag, d. 5. u. Freitag, d. 6. Januar 1911, abends:
Zum Beuten des
Vaterländischen Frauenvereins Berlin
Zwei Konzerte der
Bonner Liedertafel
(2. Preis auf dem Wettstreit in Frankfurt a. M.)
230 Sänger unter Leitung des Joseph Werth.
Reservierter Platz 5 M. u. 3 M., alle anderen 2 M.
Vorverkauf bei: Hofmusikalienhandlung Bote & Bock,
Leipziger Str. 37; Musikalienhandlung Stahl, Potsdamer
Straße 39; A. Wertheim, Leipziger Straße; im Bureau des
Vaterländischen Frauenvereins, Dessauer Str. 14 und an
der Kasse des Sport-Palastes, Potsdamer Str. 72—72a.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91
Eintritt 50 Pf.
Heute:
Großes Konzert.
Anfang 8 Uhr.
Wochentägl. 4—7 Uhr: **Gr. Promenaden-Konzert** bei freiem
Eintritt. — Silvester 2 Kapellen. Tischbestellungen bis 30. d. M.

Burgtheater-
Festspiele und Kinematograph
norm. Groterjan, Endab.: Rud. Morz.
Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9353.
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochentl. gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wechsl. Programm.

Casino-Theater
Lothringers Straße 87. Täglich 8 Uhr:
Das Original Berliner Volkslied
Julie Wippen.
Ueberlerner Humor! Ueberlerner Talent!
Im Saal der ehem. Wallner-Bühne.
Bester erster Rang! Bester Platz!
Sonntag 8 1/2 Uhr: **Gah und Liebe.**

Freie Volksbühne
Neues Schauspielhaus
Monna Vana.
Der Zerrissene.
Leffing-Theater
Das Konzert.
Extravortellung
Vor Sonnenaufgang.
24/12
Silvestervergnügen der Ordnerschaft
Sonntag, 31. Dezember, im großen Saal der Prachtstraße
„Alt-Berlin“, Blumenstraße 10.
Einlaßkarten a 30 Pf. bei den Ordnern erhältlich.
Thalia-Theater
Operette
Die schöne Helena.
Residenz-Theater
Die 300 Tage.
Herrnsfeld-Theater
Der Herr Senator.
Nächste Serie:
An d. Reiches Pforten.
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Excelsior Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152.
Heute:
Vollständig neues Programm.
Anfang Wochentags 6 Uhr. X X Sonntags 6 Uhr.
Jeden Sonntag: Programmwechsel.

Zirkus A. Schumann.
Donnerstag, den 29. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr:
Der große Coup
9 1/2 Uhr. der 9 1/2 Uhr.
Schmuggler.
romantische Pantomime in 4 Akten.
Vorh. das phänomenale Programm.
Kaufkarten des Dir. A. Schumann.
Maud Eltons **Gunde-
mente**
Selbini-Truppe
Mr. Pearson,
sowie die
übrigen Attraktionen.

Zirkus Busch.
Donnerstag, 29. Dez., abds. 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung!
Gastspiel des Herrn Direktor
Pierre Althoff, Frau Direktor Adele
Althoff mit ihren exzellentesten
Freiheits-Dressuren. — Die
Friedrisch berühmte Reiterfamilie.
— Die 14 Fezzans. Gebr. Hansel,
urkom. Radfahrkünstler. —
3 Gebr. Fratellinis, ital. Clowns.
— Pri. Elisabeth v. Dyrar, Schulr.
Um 9 Uhr sind 6 Male:
Die neue gr. Aust.-Pantomime
„Armin“
Gr. Original - Manège - Schau-
stück des Zirkus Busch in 5 Akt
Vorher d. gr. Gala-Programm.

Folies Caprice.
Heute: **Premiere.**
Die abgetretene Frau
Vosse von Soda Soda.
Dazu
Feldweibelhügel.
Neuer bunter Teil.

Theater „Groß-Berlin“.
Donnerstag, **Puhlmanns Theater**
den 29. Dezbr.:
Abends
8 1/2 Uhr:
Ein fideles Gefängnis.
Anf. 90-100 Pf. Auf Vorzug 20-30 Pf.
Dieses Festspiel gilt als Vergnügung.
Freitag: **Arndt - Hof.** Diefelbe
Vorstellung.

Theater Sanssouci
Hochbahnstation Kottbuscher Tor.
8 1/2 Uhr:
**Wie werde
ich reich?**
Amerikanische Sensations-Darstellung.
Gastspiel Féd. Férad, preisgekürnter
Schönheit.
1. Januar nachmittags:
Die Dollarprinzessin.

Walhalla-Theater.
Hofstr. 20, Weinbergstr. 20
Anfang 8 1/2 Uhr:
Dezember-Allerheiligst!
Bravo! — Da Capo!
Eine Allerseelens-Revue in 5 Bild
Im Saal geleitet v. Direktor
James Klein.
Sonntag, 31. Dezember:
Gr. Silvester-Feier.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Weihnachts-Programm.
Anfang
heute
8 Uhr.
Sonntag, den 31. Dezember:
Große Silvester-Alt-Soiree
mit nachfolg. Tanzkränzchen.
Ballmusik des gesamten Musikkorps
des 2. Garde-Feld-Artillerie-Reg.

Theater des Weddings
Müllerstr. 182/183 — Sellenstr. 35.
Täglich vor ausverkauften Hause:
Abgründe
Drama in zwei Akten von Urban Gad.
Außerdem das neue großartige
Programm.

**Berlins
größte Silvesterfeier
mit Ball**
Berlin im Wackeltopp
der für diese Nacht vereinigten
Etablissements
Passage-Theater
Linden-Kabarett
Bier-Kabarett.
In allen Sälen Vorstellungen und
Darbietung. Ueberraschung auf
Ueberraschung.
Einheitspreis 3 Mark.
— Alles Näheres die Plakate. —

Bosphorus
am Moritzplatz.
Neu! Das Variete-Konsum-System.
Täglich 8 Uhr:
Das Riesen-Variete-Programm.
Von 11—2 Uhr: **Konzert.**
Sonntag, den 31. Dezember:
Eine Silvesternacht am Bosphorus.
Bestellungen für Plätze werden
entgegengenommen.

Volgt-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Gastp. in Trapp's Festsaal, Tegel.
Donnerstag, den 29. Dezember 1910:
Ihre Familie.
Volkslied mit Gesang in drei Akten
von H. Silke und G. Engel.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Karl Haverland-
Theater. Kommandanten-
platz 7 1/2, U. Straße 77/79.
Das wunderbare
Festprogramm
einsig seiner Art!

Lessing-Theater.
Donnerstag 8 Uhr: *Anatol.*
Freitag 8 Uhr: *Anatol.*
Sonntag 8 Uhr: *Anatol.*
Berliner Theater.
Heute: **Taifun.** 8 Uhr.
Morgen: *Taifun.*

Neues Theater.
Täglich:
Der G. m. b. H.-Tenor.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, Anfang 7 1/2 Uhr: Die
selbe Vorstellung.
Theater des Westens.
8 Uhr: **Das Puppenmüdel.**
William u. Sonntag, 4 Uhr: *Rothkäppchen.*
Sonnt. 8 1/2 U.: Die geschiedene Frau.
Moderne Theater
(früher Hebbeltheater).
Abends 8 Uhr:
Doppelmensch.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.**
Donnerstag, 29. Dez., abends 8 Uhr:
Cyrano von Bergerac.
Freitag: *Cyrano von Bergerac.*
Sonntag: *Cyrano von Bergerac.*
(8 Uhr: *Die Kinder.*)

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Zum erstenmal:
Familie Bolero
Schauspiel in 3 Akten von Maurice
Dennequin und Paul Wilhaud.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Familie Bolero.

Luisen-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Mudikes Reise nach Indien.
Große Ausstattungsstück mit Gesang
und Tanz in 11 Bildern von Richelieu.
Musik von H. Levere.
Sonntag 4 Uhr: Große Kinder-
vorstellung: *Succowitschen.*

**Apollo
Theater**
Nur noch bis inkl. Silvesterabend
präzise 9 Uhr:
Der Gedankenleser
Bellini.
Sonntag, 1. Neujahrstag: **Debit**
Otto Reutter.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Beachtung!

Unter der Rubrik „Berliner Parteiangelegenheiten“ veröffentlichen wir seit Jahren Hinweise auf die von den politischen Organisationen Groß-Berlins getroffenen Veranstaltungen. Der Umstand, daß das Parteileben Groß-Berlins immer reger geworden ist, daß erfreulicherweise unsere Organisation in einer immer größeren Zahl von Vororten in unseren beiden Landkreisen festen Fuß gefaßt hat, hat dazu geführt, daß unser Bekanntmachungsteil einen recht erheblichen Umfang angenommen hat. Wir erkennen an, daß unsere Genossen in Berlin wie in den Landorten Gelegenheit haben müssen, unser Blatt für ihre Veranstaltungen zu benutzen, und wir glauben, noch dieser Richtung hin immer Entgegenkommen beweisen zu haben. Wir meinen aber, daß es auch da gewisse Grenzen geben muß, und daß der beabsichtigte Zweck erreicht wird, wenn solche Veröffentlichungen einmal gegeben und Wiederholungen vermieden werden.

Die Redaktion hat sich deshalb entschlossen, in Zukunft Bekanntmachungen über Versammlungen, Vergnügungen usw. nur noch einmal zu veröffentlichen, entgegen der bisherigen Gepflogenheit, nach der sie in den meisten Fällen wiederholt wurden. Die Leitungen der Organisationen wollen in Zukunft darauf achten und bei Einreichung ihrer Hinweise den für ihren Ort am passendsten erscheinenden Tag für die Bekanntmachung wählen. Die Genossen in den einzelnen Kreisen und Orten aber wollen künftig der Rubrik „Berliner Parteiangelegenheiten“ genauere Beachtung schenken, damit sich niemand mit der Ausrede entschuldigen kann, er habe sich an einer Parteiveranstaltung deswegen nicht beteiligt, weil er nichts gewußt habe. Zum Glück ist die Zahl der tätigen Genossen so groß, daß es für diese erst gar keine Aufforderung zur Beteiligung an einer Parteiveranstaltung bedarf. Aber es gibt auch noch zahlreiche Genossen, die lässig sind, und für diese gelten unsere Bemerkungen, in Zukunft auch bei einmaliger Aufforderung ihre Parteipflichten zu erfüllen und regeren Anteil am Parteileben zu nehmen.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Der Kursus für die Funktionärinnen am heutigen Donnerstag wird an diesem Abend im Gewerkschaftshause, Engelauer 16, Eingang B, Zimmer 4, vorn parterre links, abgehalten, worauf wir die Hörerinnen aufmerksam machen. Das Verbandsbureau.

Dritter Wahlkreis. Die diesjährige Silvesterfeier findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15, statt. Entree inklusive Garderobe 20 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.

Groß-Lichterfelde. Mit dem 1. Januar 1911 wird für unseren westlichen Ortsteil eine eigene Expedition des „Vorwärts“ eröffnet. Bestellungen und Bestellungen sind zu richten an den Genossen Bernsee, Steglitz, Schloßstraße 119, Quergebäude I.

Hermisdorf i. M. Der Wahlverein veranstaltet eine Silvesterfeier im Schäferhaus (Inh. Albert Haase). Außer Ball finden Gesangs- und Tanzvorführungen vom Arbeitergesangsverein „Nordische Klänge“ statt. Eintritt und Tanz frei. Der Gruppenführer.

Berliner Nachrichten.

Die Pflichtfortbildungsschulen Berlins

zahlen im Schuljahr 1909/10, aus dem jetzt der Jahresbericht der Fortbildungsschuldeputation vorliegt, wieder nur geringen Zuwachs an Schülern. Die Gesamtzahl der Pflichtfortbildungsschüler betrug: im Sommer 1908 29 188, im Winter 1908/09 30 392, im Sommer 1909 31 141, im Winter 1909/10 31 504, so daß sie im Sommer 1909 und im Winter 1909/10 nur um 1958 bzw. um 1112 höher als in denselben Semestern des Vorjahres war. Der Bericht erklärt diese geringfügigkeit der Zunahme — in Übereinstimmung mit dem Vorjahrsbericht — aus dem wirtschaftlichen Niedergang, der auch im letzten Jahr noch sehr fühlbar war. Außerdem soll es gerade im letzten Schuljahr den Pflichtfortbildungsschulen geschadet haben, daß damals eine Entscheidung des Kammergerichts die Besuchspflicht verneinte, wenn nicht auch der Stundenplan durch Ortsstatut festgesetzt sei. Das ist dann nachgeholt worden, aber bis zur Rechtsgültigkeit des Stundenplans ergab sich ein Zwischenzustand, bei dem eine gesetzliche Handhabe fehlte, jugendliche Arbeiter oder ihre Arbeitgeber wegen Nichtbeachtung der Pflicht zum Besuch der Fortbildungsschule zu bestrafen. Es kann indes zweifelhaft scheinen, ob dieser Umstand wirklich die Frequenz nennenswert beeinflusst hat.

Die Unterscheidung nach den drei Stufen zeigt, daß jetzt auch die Oberstufe schon recht hübsch besetzt ist. Vom Winter 1908/09 bis zum Winter 1909/10 hat die Schülerzahl in der Unterstufe zugenommen um 246 bis auf 12 350, in der Mittelstufe abgenommen um 109 bis auf 10 793, in der Oberstufe zugenommen um 975 bis auf 8361. Mittelstufe und Oberstufe erhalten ihren Zuwachs hauptsächlich durch Aufstiege. Die Wänderung in der Mittelstufe erklärt sich daraus, daß im vorhergehenden Jahre die Unterstufe eine Minderung gehabt hatte. Die Unterscheidung nach Berufsgruppen ergibt, daß vom Winter 1908/09 bis zum Winter 1909/10 die Schülerzahl abnahm im Baugewerbe um 360 bis auf 2086, in der Metallindustrie um 45 bis auf 6810, im Kunstgewerbe um 52 bis auf 2650, aber zunahm im Bekleidungs- und Textilgewerbe um 148 bis auf 1063, im Nahrungsmittelgewerbe um 57 bis auf 1312, in der Gruppe Barbieren und Friseurieren um 45 bis auf 500, bei den Kaufleuten um 169 bis auf 5011, bei den ungelerneten Arbeitern um 1068 bis auf 11 558, in der Gruppe „sonstige Gewerbe“ um 84 bis auf 494. Beachtenswert ist hier die noch immer andauernde Minderung im Baugewerbe und andererseits die erneute und wieder sehr beträchtliche Mehrung bei den ungelerneten Arbeitern.

Die Unterrichtserfolge sollen diesmal, infolge des schon erwähnten zeitweisen Fehlens gesetzlicher Zwangsmittel, sich nicht gebessert haben, namentlich nicht in den Klassen der ungelerneten Arbeiter. Auch der Einfluß der häufigen Umschulungen im Laufe des Semesters, die durch Umzug oder Arbeitswechsel notwendig werden, wird wieder als schädlich bezeichnet. Daß auch noch anderes sich störend bemerkbar macht, wird nicht hier, aber in den Ausführungen über die Unterrichtszeit wenigstens angedeutet. In den letzten Jahren ist man leider

immer mehr dazu übergegangen, den Fortbildungsschülern ihren gesamten Unterricht pro Woche an einem einzigen Tage zu geben. Die Fortbildungsschuldeputation hat Innungen und anderen Gewerbevereinigungen, die sich gegen die Verteilung des Unterrichts auf mehrere Tage wehrten, weitgehende Konzessionen gemacht. Der neueste Jahresbericht sagt aber, es sei erntebrennend, den Unterricht auf zwei Tage zu verteilen und möglichst auf einen Vormittag und einen Nachmittag zu legen. Die verfuhrsweise eingeführte Zusammenlegung des Unterrichts auf einen Tag habe „im Kreise der Schulleiter und Lehrer keine Anhänger mehr“, daher werde „dieses Zugeständnis an die Arbeitgeber nach und nach wieder rückgängig gemacht“ werden. Sehr vermünftig! Aber in der Stadtverordnetenversammlung haben noch im Herbst 1910, als die sozialdemokratische Fraktion erneut auf das Bedenkliche dieses Zustandes hinwies, die Wortführer der Unternehmer sich gegen den Gedanken einer Änderung heftig gewehrt.

Neu ist in dem diesmaligen Bericht eine Statistik des Schulbesuches. Sie ergibt, daß die Besuchsziffer im Sommer 85,6 Proz., im Winter 86,7 Proz. der Schülerzahl war. Von diesem Durchschnitt weichen die einzelnen Berufsgruppen mehr oder weniger ab. Im Winter z. B. war die Besuchsziffer besonders hoch in den Kaufmannsklassen mit 92,1 Proz., bei den Barbieren und Friseurern mit 92,0 Proz., im Nahrungsmittelgewerbe mit 91,4 Proz., andererseits besonders gering in den Klassen der ungelerneten Arbeiter mit nur 81,3 Proz. Bei den ungelerneten Arbeitern ist offenbar die Häufigkeit der Umschulungen infolge Arbeitswechsels einen ganz besonders ungünstigen Einfluß aus.

Zur Kaufmannsgerichtswahl.

Der Magistrat von Berlin hat allen in den Wählerlisten verzeichneten wahlberechtigten Kaufleuten besondere Benachrichtigungen für die am 15. Februar 1911 stattfindende Wahl der Weisheit für das Berliner Kaufmannsgericht zugehen lassen. Die Empfänger dieser Benachrichtigungen können aus den Karten entnehmen, daß sie in die Wählerliste eingetragen sind. Alle diejenigen wahlberechtigten Kaufleute, die eine solche Karte nicht erhalten haben, wollen namentlich die vom 5. bis 11. Januar n. J. öffentlich im Wahlbureau, Poststraße 16 II, von nachmittags 4 bis abends 7 Uhr und Sonntags von 10 bis 1 Uhr ausliegenden Wählerlisten einsehen. Wer nicht eingetragen ist, muß dann einen besonderen Antrag auf Eintragung stellen. Wahlberechtigt sind alle Kaufleute, die das 25. Lebensjahr vollendet, in Berlin ihre Handelsniederlassung haben und mindestens einen Handlungsgehilfen oder Handlungslehrling regelmäßig das ganze Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen.

Für die wahlberechtigten Handlungsgehilfen sind Wählerlisten nicht angefertigt. Es genügt vielmehr zur Ausübung des Wahlrechts ein Zeugnis des Prinzipals oder der Polizeibehörde, durch das bestätigt wird, daß der Betreffende bei der im Zeugnis bezeichneten Handelsniederlassung und zwar innerhalb seiner Wahlstelle als Handlungsgehilfe beschäftigt ist.

Die Fertigstellung des Westhafens.

Bezüglich des von der Stadt Berlin geplanten Westhafens, dessen baldige Fertigstellung gelegentlich der letzten stattgehabten Besprechung der Verkehrsfragen in der Stadtverordnetenversammlung gewünscht wurde, geht uns vom städtischen Sachverständigen folgende Mitteilung zu: „An eine Ausführung des Westhafens konnte bisher nicht gegangen werden, da für den Entwurf und Kostenanschlag noch keine Genehmigung der Gemeindebehörden vorliegt, und eine solche auch noch nicht eingeholt werden konnte. Diese Genehmigung kann naturgemäß erst nachgefragt werden, wenn durch Verhandlungen mit den Aufsichtsbehörden die Ausführungsmöglichkeit festgestellt worden ist. Diese Verhandlungen, die seit geraumer Zeit schweben, haben bisher noch nicht das gewünschte Ergebnis gezeigt. Nachdem die Vorberhandlungen einen günstigen Verlauf genommen, wurde ein genauerer Entwurf für den Hafen aufgestellt und der Eisenbahndirektion im Juni 1907 überandt, um die endgültige Genehmigung zu dem projektierten Hafenbahnhofe und den Anfahrtsanlagen zu erhalten. In dem im Juli 1907 eingegangenen Bescheide wurde der Stadt mitgeteilt, daß die Rücksicht auf eine künftige Verneuerung der Staatsbahngleise eine Verschiebung der Anfahrtsgleise notwendig mache. Die nun weiter folgenden mündlichen und schriftlichen Verhandlungen wegen des Gleisplanes und des Geländeausbaues erforderten zwar noch mehrere Umarbeitungen des Entwurfs, führten aber, dank dem Entgegenkommen der Eisenbahndirektion, im Frühjahr 1909 schließlich zu einer Einigung über die Grenzfeststellung für den Hafen, sowie zu einer Ausgestaltung desselben, welche die hauptsächlichsten Schwierigkeiten vermeidet. Der auf Grund dieser Vereinbarungen aufgestellte neue Hafenentwurf wurde der Eisenbahndirektion im Juni 09 überandt, um namentlich die Zustimmung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten zu erwirken. Nach mehrfachen Anfragen der Stadt wurde ihr endlich im September dieses Jahres eröffnet, daß der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten gegen den zurzeit geplanten Gleisanschlag grundsätzlich nichts einzuwenden habe. Da der künftige Verkehr des Hafens noch nicht feststehe, sei aber nicht zu übersehen, ob der Hamburg-Lehrter Güterbahnhof den Hafenverkehr dauernd aufnehmen könne. Mit Rücksicht darauf sowie wegen etwaiger Veränderungen am Hamburg-Lehrter Güterbahnhofe, die nicht ausgeschlossen erscheinen, werde die Stadt Berlin, falls die Verbeibehaltung des Hafenanschlusses an den Hamburg-Lehrter Güterbahnhof sich nicht mehr als angängig erweisen sollte, auf eigene Kosten für einen anderen, noch nicht abgeschlossenen, doch schon jetzt vorauszusehen, daß außerordentlich hohe Aufwendungen zu machen sein werden. Deshalb soll auf Befehl der Verkehrsdeputation nochmals bei der Eisenbahndirektion angefragt werden, bis zu welchem Umfange sie der Stadt einen dauernden Anschluß an den Hamburg-Lehrter Bahnhof zusichern könne, um daraufhin prüfen zu können, ob auf diesen Grundlagen sich ein rationeller Hafenbetrieb ermöglichen lasse. Die Verhandlungen wegen des städtischen Geländeausbaues mußten bis zur Stellungnahme des Herrn Ministers zu dem Entwurfe leider unterbrochen werden.“

Der Neujahrsbriefverkehr stellt an die Post abermals ungewöhnliche Anforderungen, nachdem sie erst den Ansturm der Weihnachtspost bewältigt hat. Das Publikum kann sich und der Post die Arbeit leichter machen, wenn es einige einfache Regeln befolgt. Vor allem kauft man sich möglichst bald und nicht am Abend die nötigen Briefmarken. Man braucht dann nicht am Schalter zu warten. Die Briefe soll gerade jetzt besonders deutlich und ausreichend sein, Straße und Hausnummer enthalten, bei Sendungen nach Berlin auch den Postbezirk und das bestellende Postamt. Für Neujahrswünsche kann man gedruckte Visitenkarten als Drucksache verschicken und dabei die Adresse des Absenders, seinen Titel und gute Wünsche,

Glückwünsche, Danklagen oder ähnliche Höflichkeitsformeln handschriftlich hinzufügen, wenn diese mit den üblichen Anfangsbuchstaben oder mit höchstens fünf Worten ausgedrückt werden.

Für den Personenverkehr in der Neujahrsnacht wird die Schöneberger Untergrundbahn diesmal zum erstenmal nutzbar gemacht. Auf dieser wie auf allen Strecken der Hoch- und Untergrundbahn verkehren während der ganzen Nacht ununterbrochen Züge in Abständen von 5 bis 10 Minuten. An der Warschauer Brücke ist Anschluß nach Lichtenberg und nach dem Zentralviehhof. Die Züge der Linie Warschauer Brücke—Zentralviehhof verkehren bis 3 Uhr nachts bis zum Stettiner Bahnhof und zum Birchow-Krankenhaus.

Die städtische Straßenbahnlinie Stettiner Bahnhof—Warschauer Brücke wird vom 1. Januar 1911 ab bis zum Wörlitzer Bahnhof verlängert. (Wagenfolge 10 Minuten.) Die Linie Birchow-Krankenhaus—Warschauer Brücke wird wie bisher ebenfalls mit 10 Minuten-Wagenfolge betrieben.

Eine Neuerung der Postverwaltung.

Die Reichspostverwaltung beabsichtigt, ihren Eilbestelldienst in größeren Städten dahin zu erweitern, daß die Postanstalten auf Anruf durch Fernsprecher oder auf schriftliches oder mündliches Verlangen den Auftragsgebern zur Abholung von Briefsendungen Boten zuschicken, die diese Sendungen unmittelbar daran anschließend bestellen. Diese Einrichtung wird dem Publikum Ertrag bieten für die rechtlich unzulässige Beförderung von Briefen durch Privat-Eilbotenanstalten (Messenger-Boys Institute). Außerdem will die Reichspost die Einrichtung treffen, daß gewöhnliche Briefsendungen bei den Abendern auf ihren Wunsch durch Eilboten (gegen eine Gebühr von 25 Pf.) zur Entlieferung bei den Postanstalten abgeholt werden können. Diese Eilabholung wird namentlich für Groß-Berlin Bedeutung haben, da sie sich auch auf Rohrpostsendungen erstrecken soll. Man kann danach künftig jede für die Rohrpostbeförderung geeignete Briefsendung für 50 Pf. (Karte) oder für 55 Pf. (Brief) von der Wohnung aus im Bereich der Rohrpostbezirke Berlin aufs schnellste befördern lassen. Beide Neuerungen sind zum 1. April 1911 geplant.

Zu dem Nord in der Blumenhofstraße wird mitgeteilt, daß immer noch Zeugen vernommen werden, besonders auch über die Angaben, die Nette zu seiner Entlassung macht. Die Ausstellung des Revolvers, des Handbuchs und des Strides hat noch keinen Anhaltspunkt geliefert. Es ist zwar Nettes Gewohnheit gewesen, Handbuche zu tragen, den bei der Leiche gefundenen guten Wildlederhandbuch hat aber ebensowenig jemand bei ihm gesehen wie den Revolver. Wenigstens hat sich noch niemand gemeldet, der sie bei ihm gesehen hätte.

Der Besuch gegnerischer Versammlungen kann unter Umständen zu mancherlei Unannehmlichkeiten führen, wie wir aus der „Staatsbürger-Zeitung“ erfahren. Dort wird berichtet, daß am 27. November im Marinehaus der „Deutsche Jugendverband“ eine Versammlung abgehalten hat, in der der bekannte Antifaschistenhäufung Döring einen Vortrag hielt und in welchem er auf die Bedeutung des Heeres für das Gesamtwohl des Vaterlandes“ hinwies. An der Dislokation habe sich „ein sozialdemokratischer Agitationsredner“, ein Schloffer A., beteiligt, der auf die Verbindung von Soldaten hingewiesen habe. Zum Beweise für seine Behauptung habe er sich auf einen Brief seines beim Militär stehenden Bruders bezogen. Daraufhin, so teilt die „Staatsbürger-Zeitung“ mit, habe einer der Vorhändler der Versammlung, ein Beamter A. Heidemann an das Infanterieregiment, in welchem der Bruder des A. dient, ein Schreiben gerichtet unter Mitteilung der Neuierungen des A. und um „Aufklärung“ gebeten. Diese „Aufklärung“ ist nun dahin erfolgt, daß dem Briefschreiber vom Regiment die Abschrift des Vernehmungsprotokolls zugegangen ist, in welchem der Bruder des A. erklärt, nie einen Brief des in der Versammlung vorgetragenen Inhalts geschrieben zu haben und daß „Schindereien“ nie vorgekommen sind. Dieses Antwortschreiben veröffentlicht nun die „Staatsbürger-Zeitung“ im Wortlaut unter der Überschrift: „Die sozialdemokratische Agitation lügen“. Das ist nun sehr selbsteigentlich, denn uns ist ein „sozialdemokratischer Agitator“ Künstler vollkommen unbekannt. Ein wirklich sozialdemokratischer Agitator hat auch besseres zu tun, als Versammlungen des „Deutschen Jugendverbandes“ zu besuchen, in denen Leute vom Schlage eines Döring reden. Mit der Veröffentlichung der Angelegenheit in der „Staatsbürger-Zeitung“ haben Herr Döring oder die Hintermänner des Jugendverbandes nur sich selbst gefehlig gemacht. Wer noch nicht wußte, weisen sich ein Versammlungsbesucher von der Seite zu versehen hat, der weiß es hoffentlich jetzt.

Der Bruder erschossen.

Als Dienstagabend der Schlosserlehrling Wilhelm Hamann in der Wohnung seines Vaters, des Volkenbeamten Hamann, Ruffenstraße 10, mit einem Revolver spielte und in fahrlässiger Weise mit ihm umging, löste sich plötzlich ein Schuß. Die Kugel drang seinem Bruder Hermann am linken Ohr in den Kopf. Der Betroffene stürzte zu Boden und wurde in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus geschafft, wo er gestern früh gestorben ist. Der Täter ist aus Verzeihung flüchtig geworden.

Von einem verhängnisvollen Geschehnis wurde der dreißigjährige Kaufmann Richard Auwale, Sprengelstraße 44, betroffen. Es war gestern Abend mit seiner Frau tanzen gegangen. Bei einem Polka geriet er mit einem anderen Paar zusammen und kam zu Fall. Er stürzte so unglücklich zu Boden, daß er sich einen komplizierten Bruch des rechten Beines zuzog. In einem herbeigeholten Krankenwagen mußte der Verunglückte nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Im Park der Anstalt Dandorf erschossen hat sich am Dienstag ein aufsehender den besseren Ständen angehöriger älterer Mann, der beinahe während der Sprechstunden der Patienten in der Anstalt weilte. Man fand bei dem Toten einen Brief mit dem Namen Raschke, Zimmermeister, Dandorf.

Eine originelle Weihnachtsüberraschung wurde Berliner Ausflügler zuteil, die in den Weihnachtsfeiertagen das Dorf Kiebusch passiert haben. In dem sogenannten Ortskasten, der die amtlichen Bekanntmachungen enthält, prangte neben anderen Bekanntmachungen inmitten einer Lammennurhung ein gerichtliches Urteil. Hier konnte man lesen, daß der frühere Gemeindevorsteher von Kiebusch wegen Verleumdung zu 600 M. event. 60 Tagen Gefängnis verurteilt worden war. Der Ortskasten war ständig von einer Schaar von Neugierigen umlagert.

Neberfahren und getötet wurde, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, am ersten Feiertag nachmittags ein zwölfjähriges Mädchen, das in der Wehnerstr. 4 wohnte. Das Kind geriet unter die Räder einer elektrischen Straßenbahn und zwar so unglücklich, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich Dienstag Abend gegen 7 Uhr in der Ringstraße. Vor dem Hause Nr. 25 wollte der 40jährige Schmied Emil Wed, Rummelsburg, Neue Bahnhofstr. 3, kurz vor dem Motorwagen 1496 der Linie 46 das Gleis überschreiten, wurde umgestoßen und geriet mit der linken Seite unter den Schuttrahmen. Mittels mitgeführter Winden wurde der Wagen angehoben und der Verunglückte unter dem Wagen hervorgezogen. Auf dem Wege zur Unfallstation verstarb A. jedoch infolge der erlittenen inneren Verletzungen. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe übergeführt.

Soldaten als Postkessel. Zur Verwahrung des Neujahrs-
Briefverkehrs wird die kaiserliche Oberpostdirektion Berlin eine
größere Zahl Soldaten einstellen. Die Leute werden ausschließlich
im Sortierdienst auf den größeren Postämtern verwendet und er-
halten je nach der Charge ein Tagegeld von 2,50—3,50 M. Das
Kommando dauert vom 30. Dezember bis einschließlich 1. Januar.
Auch für die Weihnachts-Paketbeförderung war ein größerer Trupp
Soldaten kommandiert, infolge der Eingaben von Handlungsgehilfen-
Organisationen usw. gegen früher jedoch in beschränktem Maße.
Zum Abtragen der Pakete wurden Soldaten nicht verwendet.

Auch gegen Verwendung von Militär in dem gemeldeten Umfange
muss Protest eingelegt werden. Es gibt genug beschäftigungslöse
Arbeiter, die bereit sind, die vorhandenen Arbeiten bei der Post
auszuhilfen zu übernehmen.

Selbstmord eines Grafen. Einen Selbstmord, der in den Kreisen
der Berliner Gesellschaft großes Aufsehen erregen dürfte, hat, wie
erst jetzt bekannt wird, kurz vor Weihnachten der 40jährige
Graf Percival Douglas begangen, der einem uralten schottischen
Adelsgeschlecht entstammt. Der Graf, der eine größere Wohnung
in Steglitz besaß, hatte vor mehreren Jahren zu einem jungen Manne
eine tiefe Zuneigung gefaßt und seinem „Freunde“, der in gewissen
Kreisen als Verschwenker bekannt war, fast sein ganzes, sehr beträcht-
liches Vermögen geopfert. Als Graf Douglas dann vor dem Ruin
stand, entschloß er sich, seiner ungeliebten Neigung Herr zu werden,
und heiratete die Schwägerin seines Freundes. Die Ehe war jedoch
eine sehr unglückliche, da die junge Frau bald bemerkte, daß ihr
Gatte seinem Freunde eine größere Zuneigung entgegenbrachte als
ihr selbst. Die Ehe wurde deshalb nach etwa einem halben Jahre
aufgelöst, und Graf Douglas vorwiegend die Reste seines Ver-
mögens zu Spekulationen, mit denen er seine finanzielle Lage zu
verbessern hoffte. Als jedoch die Finanzoperationen mißlungen und
Graf Douglas dem Nichts gegenüberstand, entschloß er sich, aus
dem Leben zu scheiden. Ohne seinen Bekannten und Freunden
etwas mitzuteilen, fuhr er einige Tage vor dem Weihnachtsfest nach
Heiligenstadt in Osnabrück, wo er eine ihm bekannte Dame auf-
suchte, die er von der Zeit her kannte, als er bei Heiligenstadt ein
großes Rittergut besaßen hatte. Am 23. Dezember abends ver-
abschiedete er sich, anscheinend in bester Laune, von seinen Gast-
gebern und schloß sich in seinem Zimmer ein, wo er sich durch den
Genuß von Opium vergiftete. Offensichtlich war jedoch die Dosis zu
klein bemessen, denn der Graf wurde erst nach 24stündigen Qualen
durch den Tod befreit.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Bei Unfällen in der Schule erlebt man es immer wieder, daß
ein verunglücktes Kind von dem Lehrpersonal in der unglück-
seligsten Weise behandelt wird. Strenge Vorschriften sollte da sein,
daß bei dem geringsten Verdacht einer schlimmeren Verletzung un-
bedingt zunächst ein Arzt herbeigeholt werden muß, der die
erste Hilfe zu leisten und auch über den etwa erforderlichen Trans-
port zu bestimmen hat.

Wie notwendig eine derartige Vorschrift wäre, das hat sich
wieder bei einem Unfall gezeigt, den in der Rixdorfer 17. Straße
Gemeinschaftsschule (Weierstraße) ein Schüler M. erlitt. M. war
von einem Lehrer angehalten worden, in der Pause auf dem Hofe
sich an der Beaufsichtigung der umhertollenden Kinder zu beteiligen.
Er glaubte, das auch am 9. November tun zu sollen, obwohl er an
diesem Tage — so wird behauptet — seinen beratigen Auftrag er-
halten hatte. Dabei lief er einem Jungen nach, rutschte
aus und fiel der Länge nach zu Boden. Da M. sich nicht wieder zu
erheben vermochte, so hätte man von vornherein einen schweren
Unfall vermuten können. In der Schule scheint aber kein Mensch
auf den Gedanken gekommen zu sein, so etwas anzunehmen. M.
wurde von zwei Mitschülern nach seinem im ersten Stockwerke
gelegenen Klassenzimmer halb hinaufgeführt und halb hinaufgetragen.
Da er weder sehen noch sitzen konnte, so legte man ihn auf eine
Bank. Lehrer umstanden ihn und berieten, was zu tun sei. Wieder
wurde M. aufgehoben und nun schaffte man ihn in das Rektor-
zimmer. Der Rektor Jülig schickte zum Schularzt, aber der war nicht
zu Hause. Auch zu einem anderen Arzt soll geschickt worden sein,
aber es war zwischen 12 und 1 Uhr mittags, wo kein Arzt
anzutreffen ist. Ob noch weitere Versuche gemacht worden
sind, ärztliche Hilfe zu beschaffen, entzieht sich unserer Kenntnis. Eine
Unfalluntersuchung scheint niemand angestrebt zu haben. Schließlich
ließ vor 1 Uhr der Rektor den Verunglückten durch zwei größere
Schüler nach Hause bringen. Er selber ging hinterher, und
als er sah, daß der Transport unmöglich war, nahm er M. auf
seine Arme, um ihn nach Hause zu tragen. Auch das war schwer
durchzuführen, weil M. ein Junge von schon 12 Jahren ist. Da
hielt der Rektor kurz entschlossen auf der Straße eine mit einem
Kinderwagen vordrängende Frau an, ließ sie ihr Kind
herausnehmen, packte den Jungen hinein und ließ ihn so bis
zur Wohnung fahren. Dann trug er ihn die Treppe
hinauf, übergab ihn der zufällig allein in der Wohnung
anwesenden dreizehnjährigen Schwester und legte ihn auf
ein Bett. Es soll anerkannt werden, daß Rektor Jülig
persönlich sich mit großer Hilfsbereitschaft an dem Transport beteiligt
hat. Dem Jungen wäre aber mehr gebüht gewesen, wenn der Herr
Rektor etwas mehr Aufsicht gezeigt und auf Herbeiführung eines
Arztes bestanden hätte. Der Arzt, den die Eltern riefen, sah sofort,
daß es sich um einen schweren Unfall handelte, und ordnete schleunigst
Ueberführung in ein Krankenhaus an. Dort wurde dann festgestellt,
daß M. einen Oberarmbruch in der Gegend des
erlitten hatte. Seit dem Tage des Unfalls sind jetzt mehr als
7 Wochen hingegangen, und noch immer befindet M. sich im Kranken-
haus. Gewiß hätte die Heilung einen weniger langwierigen Verlauf
genommen, wenn M. sofort sachgemäße Hilfe erhalten hätte und nicht
in einer Weise nach Hause transportiert worden wäre, die
die Folgen des Unfalls noch verschlimmern mußte.

Dieser Ansicht war auch der Vater, darum wandte er sich an
die Stadtverwaltung und fragte an, ob sie wenigstens die
Kosten erziehen wolle. Die Antwort fiel verneinend aus, wie
zu erwarten war. Der Magistrat erklärt, die Stadt treffe
kein Versehen, da der Unfall nicht durch mangelhafte
Einrichtungen verursacht worden sei. Aber auch der aufstän-
dige Lehrer könne nicht haftbar gemacht werden, da
M. unbefugt den Kaspasse gespielt habe und dabei zu Schaden
gekommen sei. Schließlich sei auch von dem Rektor nichts ver-
schämmt worden, vielmehr habe er, um keine weitere Zeit zu ver-
lieren, den Jungen in der geschältesten Weise nach Hause bringen
lassen. Die Vermissten in dem Scheitern des Magistrats eine Er-
klärung darüber, welche Maßregeln denn bei solchen
Unfällen dem Rektor vorgeschrieben sind. So
ganz frei von Schuld scheint uns die Stadtverwaltung denn doch
nicht zu sein. Die Folgen dieses Unfalls wären wahrscheinlich
weniger schlimm geworden, wenn den Rektoren die sofortige Her-
beiführung eines Arztes zur unbedingten Pflicht gemacht wäre.

Schöneberg.

Selbstmord eines Gymnasialisten. Am ersten Weihnachtstage hat
sich der zehnjährige Sohn des Weingroßhändlers Michael Ruckel in
der Wohnung seiner Eltern, Rixdorf 88, vom Balkon in den Hof
hinabgestürzt. Zwei herbeigeholte Ärzte konnten keine sichtbaren
Verletzungen feststellen, doch starb der Knabe, dem das Rückgrat
gebrochen war, schon nach einigen Stunden in der elterlichen
Wohnung. Ueber die näheren Umstände dieser Verzweiflungstat
wird gemeldet: Der Knabe besuchte die Sertis des Werner Siemens-
Gymnasiums in Schöneberg. Trotzdem er fleißig und gut geartet
war, fiel das Verhängnis über ihn schwer. Am Schulklub vor Weihnachten
erhielt er den Auftrag, seinem Vater die schriftliche Mitteilung zu
überbringen, daß er zu Ostern nicht nach Quinta berufen werden
würde. Aus Furcht tat er dies aber nicht, und so erschien am ersten
Weihnachtstage, als der Knabe eben aus der Schule heimgekehrt
war, ein Lehrer des Gymnasiums bei den Eltern, um ihnen im
Auftrage des Direktors nachzulegen, ihren Sohn freiwillig aus der
Schule zu nehmen, da er sonst infolge des von ihm begangenen
Ungehorsams fortgesetzt werden würde. Während der Lehrer mit
dem Vater sprach, vollführte der Knabe die Tat.

Treptow-Daumtschulweg.

Recht sonderbare Erfahrung, so berichtet man uns, mußte ein
hiesiges Elternpaar machen, das im Oktober ihr schulpflichtiges
Mädchen einschulen wollte. Der Schularzt Dr. B. der vierten
Gemeindezone wies das Mädchen als mit Krätze behaftet vom Schul-
besuch zurück. Den Eltern des Kindes schien dieser Bescheid so
sonderbar, daß sie einen anderen Arzt konsultierten; dieser stellte
fest, daß keine Krätze vorhanden sei. Vorsichtshalber suchten die
Eltern mit dem Kinde noch einen Spezialarzt für Hautkrankheiten
auf, da sie glaubten, daß auf das vom ersten Arzt ausgestellte
Attest der Aufnahme des Kindes in die Schule nicht stattgegeben
wurde. Auch dieser Arzt bescheinigte, daß das Kind nicht an Krätze
leide. Die Eltern brachten nun das Kind mit beiden Bescheinigungen
versehen, zur Schule, und wurde auch vom Rektor aufgenommen.
Am anderen Tage jedoch wurde das Mädchen auf Anordnung des
Schularztes, dem die Aufnahme mitgeteilt worden war, nach Hause
geschickt mit der Bemerkung, daß das, was er, der Schularzt, fest-
gestellt habe, richtig sei. Jetzt begaben sich die Eltern mit dem
Kinde nach der königlichen Klinik für Hautkrankheiten. Hier stellten
drei Ärzte, die das Kind untersuchten, fest, daß auch nicht einmal
ein Anhalt für eine ansteckende Hautkrankheit vorhanden sei. Unter
Anleitung des Sachverständigen wandte daher der Vater an die
Schuldeputation; letztere verfügte hierauf, daß das Kind an dem
Schulunterricht teilnehmen solle. Der Schularzt muß doch wohl
eingesehen haben, daß seine Auffassung über das Vorhandensein
von Krätze eine irrige war, denn er hatte nun nichts mehr gegen die
Einschulung des Mädchens einzuwenden. Wer erstattet nun dem
Vater des Kindes die Unkosten, die ihm durch die anderweitige
ärztliche Untersuchung entstanden sind? Der Schularzt hat sich, als
ihm ein solches Ansuchen durch den Vater gestellt wurde, ganz
energisch dagegen verwahrt.

Trausal.

Bei dem am 1. Weihnachtstage in den Markgrafen-Sälen
abgehaltenen Kunstabend sind mehrere Hüte vertauscht worden,
einige Gegenstände sind verloren gegangen. Die in Frage
kommenden Besucher werden gebeten, ihre Hüte und die gefundenen
Sachen beim Gesellen Otto Bernhardt, Markgrafendamm 4, Quer-
gebäude IV, abzugeben. Das Komitee.

Reinickendorf.

Ein schwerer Baunfall ereignete sich gestern nachmittag auf
einem Neubau in der Hauptstraße zu Reinickendorf, hinter dem
Schützenhaus. Dort stürzte der 50jährige Maurer Karl Schönbeck
aus der Dielestr. 31 von einem Gerüst und zog sich bei dem Sturz
mehrere Armbrüche und innere Verletzungen zu. Er wurde in be-
denklichem Zustande mit einem Krankenwagen nach dem Dönhofs-
Krankenhaus transportiert.

Hermisdorf i. M.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst teilte der Ge-
meindevorsteher Theemu die Antwort des Landrates über eine Ver-
schiebung mit, welche der Gemeindevertreter Herrmann gegen ihn
an den Landrat gerichtet hatte. Herrmann hatte gegen die
Errichtung eines Gasbehälters Einspruch erhoben, weil ange-
blich durch diese Anlage seine unbebauten Grundstücke im Werte
herabgesetzt würden. In dieser Eigenschaft als Kläger gegen die
Gemeinde hatte er Gemeindegrenzen betreten und Vernehmungen
darauf vorgenommen. Der Gemeindevorsteher, der zufällig zu
dieser Zeit vorbeiging, wies ihn vom Gemeindegrenzstrich. Der
Landrat hat die Beschwerde mit dem Hinweis auf den § 88 der
V. O. abgewiesen. So schloß, meinte der Gemeindevorsteher,
würde er die fraglichen Bestimmungen nicht immer handhaben;
nein es sich aber um Personen handelt, welche die Gemeinde in
ihrer naturgemäßen Entwicklung hemmen wollen, dann würde
er auch in Zukunft nicht anders handeln können. Hiernach wurde
der Bauvertrag der Kanalisationsanlage beraten und angenommen.
Der Firma Karl Frank-Bremen wurde mit 9 gegen 7 Stimmen
die Gesamtausführung übertragen wobei unsere drei Genossen den
Ausschlag gaben. Bemerkenswert ist der § 12 des Bauvertrages,
welcher folgenden Wortlaut hat: „Abgesehen von Provisionen, die
Unternehmerin an ihre eigenen Angestellten zahlt, ist es der Unter-
nehmerin oder ihren Vertretern verboten, aus Anlaß der Ueber-
tragung des Baues der Kanalisationsanlage an andere Firmen
oder Personen Auftragssummen oder Entschädigungen irgendwelcher
Art zu gewähren. Im besonderen dürfen solche Zahlungen an
diesem Firmen oder ihre Vertreter nicht geleistet werden, die
an der Submision für die Vergabe des Baues der Kanalisations-
anlage beteiligt waren. Verletzt die Unternehmerin diese Vertrags-
bestimmungen, so hat sie der Gemeinde den zehnfachen Betrag der
geleisteten Zahlungen als Vertragsstrafe zu zahlen. Außerdem ist
die Gemeinde berechtigt, sofort vom Vertrage zurückzutreten.“
Mit dieser Bestimmung sollen etwaige Ringbildungen getroffen
werden. Der größere Teil der Anlage soll am 1. Februar 1912
und der Rest am 1. September 1912 betriebsfertig sein. Gegen die
Stimmen unserer Vertreter wurde die Einrichtung dreier Vor-
schulklassen beschlossen. Genosse Sothrauer betonte hierzu, daß die
sozialdemokratischen Vertreter an dem fortschreitenden Ausbau der
Vorschule unter besonderer Berücksichtigung der weniger Ver-
fähigen und der Begabten mitarbeiten würden. Aus diesem
Grunde wüßte er und seine Genossen auch die Anschaffung
aller Schulsysteme, die den Ausbau der Vorschule hemmen. Diese
hierfür geplante Einrichtung von Vorschulklassen würde ohne
Zweifel für die Weiterentwicklung der Gemeindevorschule
hemmend und somit schädlich wirken. Gegen diese sachliche Aus-
führung antwortete niemand.

Gerichts-Zeitung.

Eine Explosion im Feuerwerkslaboratorium.

Bei welcher mehrere Personen verunglückten, hatte gestern ein gericht-
liches Nachspiel. Wegen jahrelangiger Körperverletzung
verhandelte die erste Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz
des Landgerichtsrats Vogel gegen den Fabrikanten Gustav Bod
und den Ingenieur Wilhelm Schlott. — Der Angeklagte Bod
war Besitzer eines Feuerwerkslaboratoriums in Niederhohenhausen.
Dieses ging im Januar d. J. in die Hände des Angeklagten Schlott
über, Bod verpflichtete sich jedoch, auf einige Zeit noch den Betrieb
zu überwachen, bis sich Schlott, der bisher noch nichts mit Feuerwerks-
körpern zu tun gehabt hatte, eingearbeitet hatte. In dem Labora-
torium wurden n. a. sogenannte Knallkorken hergestellt. Es sind dies
hohle Korken, die mit einer höchst explosiblen Mischung von Phosphor
und chlorsäurem Kalk gefüllt sind, und die nach dem Trocknen in
kleine Pistolen geladen werden. Da diese Korken im einzelnen
ziemlich harmlos sind, in größeren Massen dagegen einen recht ge-
fährlichen Sprengkörper bilden, besteht die Vorschrift, daß derartige
Feuerwerkskörper nicht in größeren Mengen in einem Raume lagern
dürfen. Durch eine anonyme Anzeige wurde am 17. Januar der
Polizeibehörde in Niederhohenhausen mitgeteilt, daß sich in dem Raume
zirka 80 000 Korken befänden. Der zuständige Polizeiwachmeister
erschien auch auf dem Fabrikgelände, unterließ es jedoch, eine Durch-
suchung vorzunehmen, sondern begnügte sich mit der verneinenden
Antwort des Angeklagten Bod. Dieser soll, wie behauptet wird,
dann gedauert haben, daß er „den schon reingelegt habe“. Am
Nachmittage desselben Tages ereignete sich in dem Herstellungsraum
eine furchtbare Explosion, bei welcher die dort beschäftigten
Arbeiter und Arbeiterinnen zum Teil erhebliche Verletzungen davon-
trugen. Es flogen insgesamt zirka 40 000 Korken in die
Luft, die eine kilometerweit hörbare Detonation hervorriefen. —
Die Anklage erhebt eine Fahrlässigkeit des Angeklagten

darin, daß er entgegen der gesetzlichen Bestimmung die Fabrik-
ation und Trocknung in einem Raume vornahm, der außerdem
durch einen gewöhnlichen eisernen Ofen, anstatt durch Warmwasser-
heizung erwärmt wurde. Als eine weitere Fahrlässigkeit wurde an-
gesehen, daß die Korken in unmittelbarer Nähe des Ofens getrocknet.
Ein als Sachverständiger geladener Fabrikant und Pyrotechniker be-
glaubte, daß die Art und Weise, in welcher der Betrieb in dem
Laboratorium des Angeklagten gehandhabt wurde, als ein höchst
leichtsinniger und fahrlässiger zu bezeichnen sei. — Das Gericht
es nach mehrstündiger Verhandlung für angebracht, auch noch
einen Gewerbeinspektor als Sachverständigen hin-
zuzuziehen. Die Verhandlung fiel deshalb einer Vertagung
anheim.

Aus aller Welt.

Unwetter auf den Kanarischen Inseln.

Von schweren Stürmen ist nach einem Telegramm aus
Teneriffa die unter spanischer Herrschaft stehende Kanarische
Inselgruppe an der Westküste Afrikas heimgesucht worden.
Ganz besonders betroffen wurde dabei die Insel Gomera.
Dort riß der wütende Sturm mehrere Häuser ein,
22 Personen, meist Kinder, wurden von den
Trümmern erschlagen. Der durch das Unwetter ver-
ursachte Sachschaden ist ganz enorm.

Todessturz mit einem Passagier.

Der Abiatiser Vassant flog gestern vormittag in Paris
mit einem Passagier namens Pola zu einem Flug nach Brüssel auf.
Nach drei Stunden über dem Flugfeld Jib stürzte der Apparat auf
einer Höhe von 12 Meter herab; beide Insassen wurden getötet.

Selbsthilfe französischer Winzer.

Aus Epernay wird gemeldet: Etwa 1500 Winzer in
Hauteville verhindern gewaltam die Abreise einer
Weinladung, deren Besitzer im Aufse der Weinrentscherei
stehen. Sie zertrümmerten mehrere Käfer und ließen den
Wein auslaufen. Gendarmen, die vergeblich verhielten, die
Ordnung wiederherzustellen, wurden von der aufgeregten Menge
mißhandelt.

Kleine Notizen.

Selbstmord im Untersuchungsgefängnis. Im Münchener
Untersuchungsgefängnis hat der 33jährige Schlosser Firschgat,
der wegen Diebstahls verhaftet worden war, Selbstmord durch
Erhängen begangen.

**Aus verächtlicher Liebe verblühte in Regensburg der Fabrik-
arbeiter Plomer ein Attentat auf ein junges Mädchen.** Durch
zwei Revolverkugeln verlor er seine Geliebte lebend gefahr-
lich, dann tötete er sich selbst durch einen gutgezielten
Schuß.

Der Tod in den Flammen fand in Michowitz in Oberschl.
der Bergmann Pastalla. In seiner Wohnung war Feuer aus-
gebrochen; als man in die Wohnung eindrang, fand man die völlig
verkohlte Leiche des Bergmanns.

Größter Brand in England. Ein Brand zerstörte gestern nacht acht
Häuser in dem kleinen Dorfschen Nardby bei Hereford. Da die
Häuser an einer Berglehne liegen, vermochte der Strahl der
Spritzen sie absolut nicht zu erreichen und die Feuerwehre war in-
folge dessen gegen den Brand machtlos. Zwei Kinder
sind in den Flammen umgekommen, mehrere Personen
erlitten mehr oder minder schwere Brandwunden.

Briefkasten der Redaktion.

Die inoffizielle **Correspondenz** des **Verbands** Nr. 99, vom
1. Dezember — 1. Januar, wöchentlich von 11 bis 7 Uhr abends,
Sonntags von 11 bis 6 Uhr nachmittags. Jeder für den Brief-
kasten bestimmten Beitrag ist ein Quotum und eine Zahl als
Beleg zu bringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Giltige
Anfragen tragen man in der Correspondenz vor.

Genosse, Bezirk 194. Dr. Alfred Bernstein, Blücherstr. 61. — **W. 9.**
Die Reichsbank ist keine Aktiengesellschaft. Sie hat ihr eigenes, in dem
Bankgesetz und ihrem Statut enthaltenes Sonderrecht. — **W. 100.**
Eine Klage ist nicht durchführbar. **Charlott. 1195.** Sofort an den
Magistrat, unter Vorlegung der Verhältnisse, aus denen sich die Bedürfnis-
frage ergibt. — **W. 9.** Durch Willkür, nachdem in den Köhren die
Luft verdrängt ist. — **R. 2.** 84. Rechtslich ist nur der Schuldner löslich,
wenn dieser seiner Reinigungspflicht nicht genügt hat. Nichts Sie aber
ein Gehalt an den Magistrat und, falls dies abgewiesen wird, eine Petition
an die Stadterordnetenversammlung. — **W. 70.** Mit dem Nachweis
von Bestehlen können wir uns nicht befassen. — **W. 222.** 1 u. 2. Eine
Klage, die beim Amtsgericht anhängig zu machen wäre, erscheint durchführ-
bar. 3. Die Bestellung eines Rechtsanwalts ist unbedeutend oder nicht not-
wendig. — **Regelung, 608.** Die Eltern haften nur dann, wenn eine
Verletzung der Aufsichtspflicht vorliegt. — **Hildebrandt, 3a.** — **R. 1886.**
1. Ja. 2. Nein. — **G. 68.** Nichts Sie Ihre Anfrage an den Vertriebs-
kollektor. — **G. 3.** Jekker, Ja, wenn Urteil oder einstweilige Ver-
fügung vorliegt und die Zwangsversteigerung fruchtlos gewesen ist.
— **W. 12.** Eine Klage ist der einzige Weg, Gemüht zu erlangen. Die
Bewältigung des Armenrechts bezieht aber nicht, falls Sie im Prozeß
unterliegen, die Erhaltungspflicht, soweit die gesetzlichen Rollen in Frage
kommen. — **W. 2.** Ja. — **W. 150.** Ihre Darstellung reicht
nicht aus, um die Frage beantwortet zu können. Kommen Sie in die
Sprechstunde. — **Knappe, Drangestrasse.** An das Kuratorium für die
städtischen Hospitäler und Stetten-Anstalten, Bureau: Rathaus,
Zimmer 111/116. — **Alter Abonnent 1000.** 2 M. jährlich, wenn die
Käse lediglich zu Wohnzwecken Verwendung finden. — **W. 6.** 22.
1. Amtsgericht Berlin-Mitte, Neue Friedrichstr. 12/15. 2. Ja. 3. Das
kann geschehen. Ein Antrag zur Abnahme des Osterdarlehens besteht
nur dann, wenn begründete Zweifel an der Richtigkeit des Nachsch-
verzeichnisses bestehen. 4. Die Kosten richten sich nach dem Objekt. 5. Nein.
6. Bei jedem größeren Geschäft. — **R. 2.** 76. Die Eltern können die
Ausantwortung des Nachlasses und Rechnungslegung verlangen. Ist das
nicht in Güte zu erreichen, so bleibt nur die durch einen Rechts-
anwalt zu erhebbende Klage übrig. — **W. 78.** Sie haben recht.

Eingegangene Druckchriften.

Jahresbericht der Arbeiter-Bildungsschule Berlin über die
Tätigkeit vom 1. Oktober 1909 bis 30. September 1910. 19 S. — Haupt-
Schulhof Berlin C., Grenadierstr. 37.
Der Sturm. Nr. 43. Herausgegeben von H. Walden. Wochenschrift.
10 Bl. Verlag: Berlin-Palast.
Keulenstümpfen. Von A. Müller. Gebd. 2 M. B. G. Teubner,
Leipzig.
Die Gestaltung der Schiffahrtsabgaben im Rheingebiet. Zu-
sammengestellt von Dr. H. Karlich. 1 M. Verlag: Rhein, Duisburg.
Maroglocken. Erzählung von H. Leppler. 119 S. G. Fischer,
Dresden.
Weselland und westdeutsche Eisenindustrie. Bd. 2. Vorträge
von Professor Dr. H. Schumacher. Gebd. 2 M. — Die österreichischen
Siemens-Schuckert-Werke in Wien. Von Dr. S. Deutsch. 140 S.
Duncker u. Humblot, Leipzig.

Witterungsüberblick vom 28. Dezember 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- Stand mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Stationen	Barometer- Stand mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter
Schwabmünde	761,9	3 mäßig	1	1	Caparanda	755,9	2 bedeckt	15	15
Darmstadt	765,9	2 heiter	3	3	Seltersberg	759,0	1 bedeckt	3	3
Berlin	762,9	3 mäßig	2	2	Schiff	763,9	1 mäßig	5	5
Frankfurt a. M.	768,0	3 heiter	3	3	Weserberg	759,3	4 bedeckt	1	1
München	760,2	3 Schnee	1	1	Wart	766,9	3 mäßig	1	1
Wien	755,2	2 Schnee	2	2					

Wetterprognose für Donnerstag, den 29. Dezember 1910.
Zunächst ziemlich heiter und kalt bei schwachen nördlichen Winden; später
wieder zunehmende Erwärmung, Bewölkung und geringe Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.